

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Hauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Groitzsch bestimmt Blatt

Besitzpreis mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.00 M.— Durch die Post bezogen 2.— M.— ohne Beitragsgeld. Telefon Sammelnummer 72200. Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72200. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72200

Inseratenpreise: Die 10 gepl. Kolonialzeile 25 Pf., bei Plakatvorlese 40 Pf.
Stellenangebote 10 gepl. Kolonialzeile 25 Pf., Familienanzeigten von Privatien
die 10 gepl. Kolonialzeile mit 50% Nachlau. Reklamezeile 2 M.— Inserate v. ausw.:
die 10 gepl. Kolonialzeile 40 Pf., bei Plakatvorlese 50 Pf., Reklamezeile 2.25 M.—

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Konflikt Berlin-Braunschweig?

Sperrung der Polizeizuschüsse?

SPD Braunschweig, 28. Oktober.

Reichsinnenminister Dr. Wirth hat an die braunschweigische Regierung ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärt, dass er sich die Entscheidung über die weitere Zahlung der Reichszuschüsse für Polizeiwesen des Landes Braunschweig vorbehalten müsse.

In Berlins politischen Kreisen wird hervorgehoben, dass es Bedenken auslösen muss, wenn ein Minister des Innern, der ja in dieser Eigenschaft der oberste Träger der Polizeigewalt in seinem Amtsbezirk ist, in eine Angelegenheit verwickelt erscheint, in der es sich um einen Versuch der unrechtmäßigen Haftbefreiung eines wegen Verleugnung der Bannmeile Inhaftierten handelt.

Wie die "Vossische Zeitung" zu dem Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Wirth an den braunschweigischen Ministerpräsidenten wegen der Sperrung der Polizeizuschüsse von maßgebender Stelle erachtet, bedeutet das Schreiben praktisch schon die Sperrung der Zuschüsse, es sei lediglich eine höflichere Form für diese Anordnung gewählt worden.

Franzens Flucht aus Preußen

SPD. Der braunschweigische Nazi-Minister Dr. Franzen, der bis zu seiner Wahl zum Nazi-Vertreter in der braunschweigischen Regierung ein preußischer Amtsgerichtsrat in Kiel war, ist inzwischen aus dem preußischen Justizdienst ausgeschieden. Franzen hat damit einem Disziplinarverfahren gegen sich alle rechtlichen Möglichkeiten genommen.

Amtlich wird mitgeteilt: "Der preußische Justizminister hat auf Grund eines Berichtes des Generalstaatsanwalts beim Berliner Landtag I den Reichsminister des Innern erachtet, die Genehmigung des Reichslages zur Strafverfolgung seines Mitgliedes, des braunschweigischen Ministers des Innern und für Volksbildung, Dr. Franzen, wegen des Vergehens der Begünstigung herbeizuführen."

Fritz als "Staatsritter"

K. Im thüringischen Landtag stellte die kommunistische Fraktion eine kleine Anfrage an die Regierung, weil das "Thüringer Volksblatt", Organ der KPD für Großthüringen, von der Polizedirektion in Gotha keine amtlichen Mitteilungen zur Veröffentlichung im Inseraten Teil mehr erhielt. Der zuständige leitende Beamte habe erklärt, dass das Innenministerium verfügt habe, der Kommunistischen Presse dürfen keine amtlichen polizeilichen Bekanntmachungen mehr übermittelt werden. Auf die Anfrage bestätigt Fritz jetzt, dass er die Anweisung gegeben hat. Er sagt, die Regierung habe keinen Anlass, eine staatsfeindliche Partei und ihre Presse durch Gewährung von bezahlten Anzeigen noch finanziell zu unterstützen. Fritz ist auch nicht gewillt, seine Maßnahme rückgängig zu machen.

Interessant ist die Antwort des Innenministers insoweit, als er die Kommunistische Partei als eine staatsfeindliche Partei betrachtet. Das sagt der selbe Mann, der 1923 beim Hitlerputsch in München beteiligt war, den Staat also gewaltsam fürstigen wollte und diesbezüglich mit einem Jahr drei Monaten Gefängnis bestraft worden ist. Fritz sieht die Nationalsozialistische Partei als eine "staatsverachtende Partei" zu betrachten.

Wie aus der Presse bekanntgeworden ist, hat Fritz auch angeordnet, dass der sozialdemokratischen "Osthüttinger Tribune" die amtlichen polizeilichen Bekanntmachungen entzogen werden sollen. Will Fritz in diesem Falle seine Anweisung auch damit begründen, dass die sozialdemokratische "Tribune" eine republikfeindliche Stellung einnimmt?

Wie weiter aus Weimar gemeldet wird, hat Fritz auf Grund einer türkisch erlassenen Verordnung den der kommunistischen Opposition angehörenden Bürgermeister Müller in Elgersburg seines Amtes enthoben. Die Amtsenthebung kommunistischer Bürgermeister bringt für die Gemeinden groÙe finanzielle Ausgaben mit sich, weil den betroffenen Personen nach den Gemeindeordnungen das Gehalt bis zum Ablauf der Amtszeit voll und dann laufend ein bestimmter Prozentsatz des Gehaltes gezahlt werden muss.

Hitlers Außenpolitik

Wünsche und Vorausagungen gingen dahin, nach der Annahme des Youngplanes die Außenpolitik zurücktreten zu lassen und der Innenpolitik das Feld freizumachen. Es ist anders gekommen. Wenige Monate später sind die lebhaftesten außenpolitischen Auseinandersetzungen im Gange und es stehen so ziemlich alle schon einmal für gelöst erklärten Probleme zur Erörterung. Die Weltwirtschaftskrise und die internationale Preislenkung, die sich erst jetzt langsam auch in Deutschland bemerkbar macht, haben die eben erst erfolgte "endgültige" Regelung des Reparationsproblems wieder in Frage gestellt und das Verlangen nach Revision bestärkt. Dazu kommt, dass im letzten Reichstagswahlkampf mit den außenpolitischen Fragen eine unverantwortliche Demagogie getrieben worden ist. Diese Demagogie hat der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland große Erfolge gebracht. Das überraschende Auftreten jener Parteien und Gruppen, die für eine grundlegende Wendung in der Außenpolitik eintreten, hat nach dem

Überwachung gegen die Nationalsozialisten

CNA. Berlin, 27. Oktober.

Die Nachricht eines Berliner Blattes über einen amtlichen Abwehrkampf gegen die Nationalsozialisten, der im Reichsinnenministerium unter Leitung des auf Privatdienstvertrag einberufenen früheren Ministerialdirektors Dr. Spicker durchgeführt werden soll, wird von unterrichteter Seite in dieser Form für ungünstig erklärt. Dr. Spicker, über dessen Tätigkeit für die Erledigung besonderer Aufträge bereits vor einiger Zeit berichtet worden ist, hat, wie verlautet, nur die Aufgabe, die geistigen Strömungen staatfeindlicher Bewegungen zu untersuchen. Von unterrichteter preußischer Seite wird weiter zu der Angelegenheit erklärt, dass keine Besprechung über ein gemeinsames Vorgehen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem preußischen Innenministerium stattgefunden hat.

14. September erst recht die Frage aktuell werden lassen: was wird nun? Die Nationalsozialisten, die Hugenberg-Deutsch-nationalen mit einigen Grüppchen und die Kommunisten haben während der ganzen letzten Jahre ihren politischen Kampf vor allem gegen die Sozialdemokratie mit heftigen Angriffen auf die "Erfüllungs- und Verstärkungspolitik" bestritten. Sie haben die Sozialdemokratie des nationalen Verrats angeklagt und haben vor dem Volke geschworen, dass sie dem "Schandvertrag" und dem "Verkehrsungspakt" den Tod bringen werden. Unter Führung von Seldte und Hitler wurde ein Volksentscheid gegen den Youngplan eingeleitet, der zwar zu einer Niederlage für die Manager führte, dessen Agitation aber dennoch auf Millionen von Wählern und Wählerinnen nicht ohne Wirkung geblieben ist.

Eben die Bewegung, die diesen Kampf führte, ist jetzt zu einer starken parlamentarischen Minderheit geworden. So startet, dass ihr die Möglichkeit gegeben ist, bei Einzelneidungen durch die Gewinnung kleiner Gruppen zur Mehrheit im Reichstag zu werden. Also drängten sich nach dem Wahlsieg der Nationalsozialisten die Journalisten ausländischer Kapitalistblätter um Hitler, um von ihm zu hören, ob und wie sich denn nun die künftige deutsche Außenpolitik ändern werde. Hitler, der nationalistische Mann Deutschlands, nahm bereitwillig das schwere Geld englischer und amerikanischer Zeitungsländer entgegen und hatte danach nicht die geringsten Bedenken, zum Mitarbeiter gerade jener Pressezugänge zu werden, die in den Jahren des Krieges die giftigsten Lügen gegen Deutschland ausgestreut hatten. Schon in diesen ersten Interviews nach dem 14. September fiel eine Zurückhaltung des nationalsozialistischen Führers auf, der durchaus nicht das sofortige Aufhören der Reparationszahlungen und das Zerreißen des Youngplanes anstrebte, sondern sich — sehr bescheiden — auf die Errreichung der Revision zurückzog. Denn wenn sich die Nationalsozialisten vor dem Volke auch als konsequente Belämpfer des internationalen Finanzkapitals aufstellen, so weiß Hitler doch, welche Rücksichtnahme ihm dessen Macht gebietet, wenn er an der politischen Führung Deutschlands entscheidend beteiligt sein und bleiben will.

*
Diese außenpolitische Diskussion ist jetzt durch eine Aktion, die der französische Journalist Heros bei Hitler und dem Stahlhelm unternommen hat, fortgeführt worden. Heros war früher einmal Anarchist und ein extremer Antimilitarist. Er ist dann während des Krieges einer der wildesten Chauvinisten Frankreichs geworden. Jetzt stellt er sich als Kämpfer für die deutsch-französische Verständigung vor und unterbreitet der "nationalen Bewegung" Deutschlands Bedingungen, die als Grundlage der Verständigung angenommen werden sollen. Sie enthalten: Streichung der Reparationslasten, sobald die Vereinigten Staaten in die Annulierung der alliierten Schulden einwilligen; Rückgabe des Saargebiets an Deutschland und Zustimmung Frankreichs zum Anschluss Österreichs an Deutschland; Rückgabe von Togo und Kamerun an Deutschland; ein deutsch-französisches Militärbündnis, für das Deutsch-

Zusammenstöße in Rio de Janeiro

Kämpfe in Brasilien

SPD. Neuport, 28. Oktober.

In der neuen provisorischen Regierung Brasiliens hat General Tasso Fragoso den Vorstoß übernommen. Dem Kabinett gehören seiner an: General Meino Barret und Vizeadmiral Boronha, das Amtswarte Amt, das Ministerium des Innern und die Justiz hat Mello Franco inne. Ein Amtsschreiber der Regierung erklärt, sie wolle die Macht nur solange ausüben, bis ein neues Parlament gewählt sei und eine endgültige Regierung ernannt habe. Die Übernahme des Außenministeriums durch Franco beweist der Welt, dass auch die provvisorische Regierung gewillt sei, alle auswärtigen Verpflichtungen innehaltend und die freundschaftlichen Beziehungen mit den auswärtigen Mächten fortzusetzen.

Der Volksjubel über den Umsturz scheint nach den heutigen Ereignissen doch nicht so allgemein zu sein, wie die neuen Machthaber in die Welt posaunt haben. Im Innern des Landes dauern die Kämpfe fort. Die gegenwärtige Diktatur ist nicht einmal des gesamten Heeres sicher.

In São Paulo ist es zu einer Gegenrevolution gekommen. Die Pressezensur verhindert eine weitere Information über den Stand der Ereignisse. Montag früh wurde in Rio de Janeiro heftig gekämpft. Ein Kavallerieregiment und sechs Infanterieregimenter waren gegen die neuen Machthaber auf die Straße gerückt. Die Hauptstadt gleicht einem Militärlager. Alle Bauten und Löden sind geschlossen. Die Regierung behauptet, sie sei der Ausführer Herr geworden. Es herrscht jedoch im Regierungslager grosse Nervosität. Alle Anhänger des alten Regimes sollen verhaftet werden.

Außer dem früheren Präsidenten Quis sitzen bereits viele frühere Politiker und einflussreiche Personen im Gefängnis.

Der "Baden"-Zwischenfall

SPD Rio de Janeiro, 28. Oktober.

Entgegen den Meldungen, die über Neuport gekommen sind, ist festzustellen, dass der Kapitän der "Baden", Rollin, nicht verhaftet worden ist. Er ist ständig auf freiem Fuß gewesen. Der Dampfer hat unter seiner Führung bereits die Ausfahrt angetreten, nachdem die notwendige Reparatur durchgeführt worden ist.

Der spanische Regierung ist eine Note der vorläufigen Regierung in Brasilien zugegangen, in der wegen der Tötung spanischer Staatsangehöriger bei der Beschiebung der "Baden" um Entschuldigung gebeten und strengste Untersuchung angekündigt wird. Spanien wird keine Antwortnote schicken, sondern den Botschafter Pfäffendorf.

Brasilianische Darstellung der Beschiebung

WTB. Neuport, 27. Oktober.

Wie Associated Press aus Rio de Janeiro berichtet, geben sowohl die Regierung wie auch die Presse ihren Bedauern über die folgenschwere Beschiebung des deutschen Dampfers "Baden" Ausdruck. Die brasilianische Regierung hat nunmehr den Bericht des Kapitäns von Rio de Janeiro ausgegeben. Danach seien alle Schiffskapitäne seit zwei Wochen angewiesen worden, bei der Ausfahrt ihre Absicht entweder durch Signale bekanntzugeben, oder in nächster Nähe des Forts Santa Cruz vorbeizufahren. Nur unter diesen Bedingungen sei ihnen die Ausfahrt gestattet gewesen. Das Fort habe überdies durch eine Signalslage angezeigt, dass der Hafen geschlossen sei.

Der Kommandant des Forts Santa Cruz erklärte, er habe zunächst zwei Warnungsschüsse abgegeben und dann mit einem leichten Geschütz scharf geschossen. Alle diese Schüsse hätten in der Nähe des Dampfers Baden eingeschlagen, doch habe das Schiff daraufhin seine Geschwindigkeit nur erhöht. Hieraus habe er zwei schwerere Granaten abfeuern lassen, um die Baden zum Halten zu bringen. Auch diese Schüsse hätten den Dampfer nicht getroffen, wohl aber ein vom Fort Vigia abgefeuerter Schuss, der den Bordmast des Dampfers umlegte. Durch den herabstürzenden Mast seien dann vier Personen an Bord des Dampfers getötet und verletzt.

Hochwasser in Schlesien

Dammbruch der Rappbach — Mehrere Gehöfte überflutet

TL. Liegnitz, 28. Oktober.

Bei Alt-Besten ist am Dienstagvormittag der große Rappbach-Damm durchgebrochen. Die Fluten sahnen im Flu die in der Nähe gelegenen Gehöfte unter Wasser. Das Vieh konnte gerade rechtzeitig gerettet werden. Der Schaden, den das Wasser angerichtet hat und noch anrichten wird, übersteigt alle Verhältnisse. Der Damm hinter der Schleuse, der den gewöhnlichen Wasserspiegel der Rappbach um etwa 6 Meter übertragt, war bereits in der Nacht zum Donnerstag überflutet worden. Das Wasser hatte in den Dammrand tiefs eingerissen. Noch in der Nacht wurden die umliegenden Feuerwehren alarmiert. Die Räte wurden mit Sandsäcken ausgefüllt. Das Wasser hüllte die Säcke jedoch rasch hinweg. Das niedrige gelegene Klein-Besten stand schon vorher fast vollständig unter Wasser. Noch bis zur leichten Stunde sah man alles daran, um die katastrophalen Folgen eines Dammbruches zu verhindern. Man befürchtet jetzt den Einsturz der Rappbachbrücke bei Pfäffendorf.

Der neue Haushaltplan

Starke Bedenken der Sozialdemokratie

SPD. Die Reichsregierung hat am Freitag den Entwurf des Haushaltplans für 1931/32 verabschiedet. Er soll in Einnahmen und Ausgaben mit 10½ Milliarden balancieren. Da der Reichshaushalt für das laufende Jahr 1930/31 die Höhe von rund 12 Milliarden erreichen wird, so würde das eine Senkung der Reichseinnahmen und Ausgaben um rund 1500 Millionen bedeuten.

Um die Richtigkeit dieser Angaben nachzuprüfen, muß man genauere Zahlen als die bisher veröffentlichten abwarten. Einsteilen haben wir den Eindruck, als ob die Rechnung der Regierung eine Fülle von sachlichen und politischen Fehlern enthält. Wir glauben insbesondere nicht, daß die Angabe der Höhe des künftigen Haushaltsbedarfs richtig ist, wir sehen auch in den Vorschlägen der Regierung noch keine Sicherheit für die Ausbalancierung des Reichshaushals.

Die sachlichen Fehler in der Rechnung der Regierung befinden sich sowohl in der Schätzung der Einnahmen als auch in den Ausgaben. Bei den Einnahmen treten zu dem Aussall infolge Rückgang der Steuererträge, sowie der Verminderung der Vermögenssteuer, der Aufbringungsumlage, der Umsatzsteuer, der Kapitalertragsteuer und der Obligationsteuer noch andere Ausfälle hinzu. Sie werden in der Haushaltsschätzung hervorgerufen durch den Fortfall von ehemaligen Einnahmen, die nur im Jahre 1930 erzielt wurden, die für das Jahr 1931 aber nicht in Frage kommen. Das sind 175 Millionen. Dazu treten 50 Millionen aus dem Fortfall von Reichsbahnvorzugsaktien, da nicht 150, sondern 200 Millionen in diesem Jahre aus dem Verkauf erzielt wurden. Die Aufhebung der Kapitalertragsteuer dürfte nicht 60, sondern 100 Millionen kosten. Bereits auf der Einnahmeseite zeigt sich also eine Verschlechterung von 265 Millionen gegenüber den Angaben der Regierung.

Ahnliche Rechenfehler scheinen sich auf der Ausgabenseite zu befinden. Die Verminderung der Zuschüsse zur Arbeits-

losenversicherung beträgt nicht 500, sondern 575 Millionen. Der Aufwand für die Krisenfürsorge ist angesichts der dauernd steigenden Zahl von Krisenunterstützungsempfängern mit 420 Millionen wesentlich zu niedrig angelegt. Vor allem aber sind die Kürzungen an den Überweisungen für Länder und Gemeinden kaum durchführbar, da sie bei den steigenden Wohlfahrtslasten der Gemeinden deren Finanzlage vollkommen zerstören würden. Die Beamten Gehaltskürzung ist demgegenüber keine hinreichende Entlastung. Selbst die Transpruchnahme der Steuerquellen für die Gemeinden aus der Notverordnung könnte kein ausreichender Erfolg sein.

Aber weit wichtiger als diese sachlichen Fehler scheint uns die Tatsache zu sein, daß einstweilen die Regierung kaum für irgend einen ihrer Vorschläge eine sichere Mehrheit hat. Gegen die Heraussetzung der Freigrenze bei der Vermögenssteuer von 5000 auf 20 000 Mark, gegen die Freilassung der Umsätze unter 5000 Mark von der Umsatzsteuer wird man entscheidende Bedenken nicht geltend machen brauchen. Trotzdem bleibt die Frage, ob der heutige Augenblick der Finanznot der richtige ist, um solche Steuererhöhungen vorzunehmen, zumal die Ergebnisse an Verwaltungskosten sich erst in späteren Jahren auswirken können. Welentlich stärker sind die Bedenken gegen die Verminderung der Aufbringungsumlage um 120 Millionen, gegen den Fortfall der Kapitalertragsteuer und der Obligationsteuer. Das sind einseitige, in erster Linie den Großbürgertum entlastende Maßnahmen, die in der jetzigen Zeit überhaupt nicht verständlich sind. Völlig ablehnend steht die Sozialdemokratie dem Fortfall der Zuschüsse zur Arbeitslosenversicherung gegenüber, obwohl die Erhöhung der Beiträge auf 6½ Prozent im Jahre 1931 sicher geringere Zuschüsse vom Reich verlangen wird als 1930.

Einsteilen aber handelt es sich bei den Vorschlägen der Regierung um Pläne, die zwar im Zusammenhang mit den zweieinhalb Dutzend geplanten anderen Gesetzentwürfen in den nächsten Monaten Reichsrat und Reichstag sehr ausgiebig beschäftigen werden, deren Verwirklichung aber wohl kaum ohne große Veränderungen möglich sein dürfte.

Internationale und Arbeitslosigkeit

Tagung in Köln

SPD Köln, 27. Oktober.

Im Kölner Rathaus traten am Montag die beiden vom Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Executive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale gewählten Kommissionen zur Behandlung der Arbeitslosenfrage zusammen. Den Vorsitz führten abwechselnd Cittine als Vorsitzender des Internationalen Gewerkschaftsbundes und de Brouckère als Vorsitzender der Executive der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen. Vom IGB sind anwesend: Jouhaux-Frankreich, Jacobson-Kopenhagen, Schevenels-Belgien, Smyths und Bolton-England, vom ADGB Leipart und Spießl, von der Sozialistischen Arbeiter-Internationalen Friederich Adler-Zürich, Grimm-Schweiz, Kautsky-Oesterreich und Compton-England sowie Gillis vom Sekretariat der Labour Party für internationale Angelegenheiten. Caphtali von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik und im Auftrage der Sozialdemokratischen Partei an den Verhandlungen teil.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte Cittine der beiden furchtbaren Bergwerksunglücks der letzten Woche und forderte die Versammlung auf, sich zu Ehren der beklagenswerten Opfer von den Sorgen zu erheben. Dem ADGB wurde eine Sympathiekundgebung gesandt. Dann trat die Konferenz in eine Generalsdebatte ein über die Probleme der internationalen Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen und ihre Bekämpfung.

Ein „trauriges und erbärmliches Bild“

SPD München, 27. Oktober.

Der berüchtigte Hakenkreuzler Julius Streicher, der in Nürnberg durch Herausgabe einer erotisch-antisemitischen Wochenzeitung bemerkenswerte Erfolge bei der halbwüchsigen Jugend erzielen hat, trat sofort nach der Verbüßung einer zweimonatigen Gefängnisstrafe (wegen Religionsvergehens) zusammen mit Hitler in einer Münchner Nazisammlung auf. Dabei kam es zu einem großen Tumult, weil die von Streicher selbst ausgeschüttete Versammlung sich an einem anwesenden katholischen Geistlichen vergreifen wollte. Nur mit Mühe gelang es Hitler, seine Meute von Täterschäften abzubringen, wobei er wütend vom Podium herunterbrüllte: „Dars ich jetzt endlich bitten, daß Sie ruhig sind. Sie führen sich auf wie Kindsköpfe. Sind Sie Männer oder sind Sie Waschlappen? Ich habe ein so trauriges und erbärmliches Bild von Waschlappen noch nie gesehen. Von uns darf sich keiner an einem Kleid vergreifen, das für Millionen Deutscher ein Ehrenkleid ist.“

Daraufhin wurde der Geistliche von einer Gruppe Brauhemden in die Mitte genommen und zum Vorstandstisch gebracht. Es wurde ihm aber von Hitler öffentlich erklärt, daß er sich nicht melden dürfe. Sollte er irgendeinen Zwischenfall geben, so würde die Versammlungsleitung von ihrem Haustrecht Gebrauch machen.

Unangenehmer Zwischenfall

In einer Münchner Nazi-Versammlung wurde ein im Ort erschienener katholischer Pfarrer verprügelt.



Hitler: „Halt — aufhören! Ich verhandle gerade wegen Regierungsbeteiligung!“

Einschränkung der Festlichkeiten

Am 1. November wird mitgeteilt: Die Reichs- und Preußische Staatsregierung haben beschlossen, Einschränkungen gesellschaftlicher Art nur beim Vorliegen von besonderen Anlässen Folge zu leisten und ihre eigenen gesellschaftlichen Veranstaltungen auf das Mindestmaß dessen einzuschränken, was mit pflichtgemäßer Präsentation vereinbar ist. Der Herr Reichspräsident hat diesen Beschluss ausdrücklich gutgeheißen.

Die Reichsregierung und die Preußische Staatsregierung richten angesichts des Ernstes der Zeit an alle Kreise die dringende Aufforderung, auch ihrerseits die gesellschaftlichen Veranstaltungen einzuschränken und insbesondere von öffentlichen Festlichkeiten möglichst abzusehen.

Bombenleger Kappenberg ausgeliefert. Der im Zusammenhang mit der Bombenangelegenheit in Lugano verhaftete und von der Schweiz ausgelieferte Alfred Kappenberg ist in Altona eingetroffen. Kappenberg ist in das Altonaer Polizeigefängnis eingeliefert worden.

Europa dem Faschismus!

Mussolini redet

IL Rom, 27. Oktober.

Das 9. Jahr faschistischer Zeitrechnung, das mit dem 28. Oktober, dem Jahrestag des Marsches auf Rom, beginnt, leitete Mussolini am Montag mit einer großen Rede vor den Führern des Faschismus ein. Heute wie nie, so erklärte Mussolini, geltet die Formel: Die ganze Welt dem Faschismus und ausschließlich dem Faschismus. Seine Sommerreden hätten den Zweck gehabt, dem scheinheiligen Europa, das in Genf vom Frieden rede und dabei überall den Krieg vorbereite, die Maske abzureißen. Diese Reden wurden als Kriegserklärung gewertet, aber man vergaß, daß jene Gruppen und Parteien seit 8 Jahren den Krieg gegen die faschistische Herrschaft führen. Der Antifaschismus sei nicht tot. Die Opposition besteht weiter. Gestern war es Italien; heute ist es die ganze Welt.

Auf die gegen Italien gerichteten militärischen Vorbereitungen hinweisend, erklärte Mussolini, Italien werde nie die Initiative zum Krieg ergreifen. Selbst unsere Politik der Revision der Verträge ist darauf gerichtet, den Krieg zu vermeiden. Die Revision der Friedensverträge dient dem Interesse Europas, dem Interesse der Welt. Die Behauptung von der angeblichen Unabhängigkeit der Verträge ist kindisch. Wer verleiht die Sahungen des Völkerbundes? Diejenigen, die in Genf zwei Kategorien von Staaten geschaffen haben: die bewaffneten und die wehrlosen. Was die italienische Balkan- und Osteuropapolitik anbelangt, so wird sie durch lebenswichtige Gründe dictiert. Italien wird einmal von seiner wachsenden Bevölkerung angefüllt sein. Nur gegen Osten kann sich unsere politische Ausdehnung richten. Unsere Freundschaften und Bindnisse sind also verständlich.

Mussolini erklärte weiter: Der Faschismus als Idee, als Doktrin und als Verwirklichung ist universal. Man kann daher ein faschistisches Europa voraussehen, d. h. ein Europa, das in faschistischem Sinne das Problem des modernen Staates löst. Der Faschismus löst das dreifache Problem der Beziehungen zwischen Staat und Individuum, zwischen Staat und Gruppen und zwischen Gruppen untereinander.

Anfrage der Wertheimkrieger

SPD. Die nationalsozialistische Fraktion hat im Reichstag eine große Anfrage wegen angeblicher Übergriffe der Polizei am Tage der Reichstagsöffnung eingebracht. In dieser Anfrage berufen sich die Nationalsozialisten auf angebliche Augenzeugeberichte, die in der nationalsozialistischen „Deutschen Zeitung“ erschienen sind und die sich gegen den republikanischen Polizeimajor Heinrich richteten, der an dem betreffenden Tage das Kommando hatte. Nach den Augenzeugenberichten soll Heinrich einen alten Mann am Denkmal Kaiser Friedrichs so vor die Brust gestoßen haben, daß er rücklings auf das Pflaster gefallen sei.

Wir erfahren zu dieser neuen Hebe der Nazis gegen die Polizei, daß der angeblich „alte Herr“ ein 45jähriger Studentenrat ist, der es nicht notwendig hält, der wiederholten Aufforderung der Polizei, weiterzugehen, auch nur irgendwie nachzukommen und der, als ihn Polizeimajor Heinrich etwas unanständig ansah, und zum Weitergehen einlud, plötzlich wie auf Bestellung aus das Pflaster fiel. Polizeimajor Heinrich hat gegen den Herrn Studentenrat bereits Anzeige wegen Landesbruch erstattet. Er ist ein „Augenzeuge“, auf den die Nazis stolz sein können!

Bon Hakenkreuz-Rowdys niedergestochen

SPD. Frankfurt a. M., 28. Oktober.

In Nierstein kam es zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zu einer blutigen, von den Nazis provozierten Schlägerei, in deren Verlauf eins Reichsbannerleute schwer verletzt und ein Ladengeschäft schwer beschädigt wurde.

Kommunistenüberfall auf Polizeibeamte

SPD. Hannover, 27. Oktober.

Wie aus Peine gemeldet wird, wurden dort in der Nacht zum Montag mehrere Polizeibeamte von 25 bis 30 Kommunisten überfallen. Aus einem Hinterhalt fielen die Rowdys über die ahnungslosen Beamten her und bearbeiteten sie mit Toßschlägern, Gummiknüppeln und anderen Werkzeugen. Auf die Hilferufe der Überfallenen eilten andere Polizeibeamte herbei und nahmen die Verfolgung der flüchtenden Rowdys auf. Es gelang, 12 Kommunisten festzunehmen.

Verfahren gegen Hakenkreuzler. Der hessische Kultusminister hat den Fortbildungsschullehrer Weber aus Lampertheim seines Dienstes entbunden und ein Disziplinarverfahren auf Dienstentlassung ohne Pension gegen ihn eingeleitet. Weber, der der Nationalsozialistischen Partei angehört und dessen Verhalten in der Gemeinde schon öfters zu unliebsamen Auseinandersetzungen führte, hat in einer nationalsozialistischen Versammlung den Staat und den Innenminister aufs schärfste beschimpft.

Der Kampf um die Beratungsstelle Vor den Beschlüssen der Länderkonferenz

Der Kampf um die Beratungsstelle ist in ein akutes Stadium verlängert worden. Die neuen Richtlinien, die das Reichsfinanzministerium für die künftige Tätigkeit der Beratungsstelle im Juli dieses Jahres veröffentlicht hat, und deren Entwurf nunmehr in revidierter Form der Länderkonferenz vorgelegt werden wird, sollen die Grundlagen für die Behandlung der kommunalen Anleihepolitik bis zum 1. April 1934 abgeben.

Der vom Reichsfinanzministerium veröffentlichte erste Entwurf dieser Richtlinien hatte mit Recht bei den Kommunen und den Kommunalverbänden einen Sturm der Entrüstung erregt. Der Kern der neuen Richtlinien besteht darin, dass der Kontrollapparat für das kommunale Anleihewesen nicht nur nicht zu bestitigen, auch nicht einmal ein wenig zu lösen, sondern im Gegenteil ganz außerordentlich zu verschärfen. Künftig sollen nach diesen Richtlinien nicht nur wie bisher die kommunalen Auslandsanleihen, sondern auch die Inlandsanleihen kontrolliert werden, und neben den langfristigen auch die kurzfristigen Anleihen, ja sogar die kommunalen Versorgungsbetriebe, die eine eigene Rechtspersönlichkeit als Aktiengesellschaft usw. darstellen, sollen in die Kontrolle mit einbezogen werden. Bei der Durchführung derartiger Richtlinien muss ganz zwangsläufig die freie Entwicklung der deutschen Kommunen und der öffentlichen Wirtschaft, die sich ja im wesentlichen doch in den Gemeindebetrieben verlorpt, unterbunden werden.

Der Deutsche Städteitag hat jetzt wenige Tage vor den Beratungen, die der eigens hierzu gebildete Unterausschuss der Länderkonferenz über den neuen Entwurf des Reichsfinanzministeriums abhalten wird, nochmals in letzter Stunde durch seinen Präsidenten Dr. Mülert vor den Folgen dieser Zwangspolitik gegen die Gemeinden gewarnt. Auch mit dem abgeänderten Entwurf der Richtlinien kann sich der Deutsche Städteitag keineswegs einverstanden erklären. Die Gegenvorschläge des Deutschen Städteages für die künftige Anleihepolitik auf dem Inlandsmarkt sind im wesentlichen folgende:

1. Die von den Städten, kommunalen Giroverträgen oder Kreditanstalten geplanten Inhaberanleihen auf dem Inlandsmarkt unterliegen vor der Genehmigung durch die Landesregierung der Begutachtung durch kommunale Kreditausschüsse. Es soll der Kreditausschuss des Deutschen Städteages die geplanten Anleihen der Städte, und ein Kreditausschuss der öffentlichen kommunalen Kreditanstalten die Anleihevorhaben dieser Institute begutachten. Die kommunalen Spartenverbände sollen dahin wirken, dass Anleiheanträge von den anleihesuchenden Stellen nicht weiter verfolgt werden, sofern sie nicht durch die Kreditausschüsse befürwortet werden.

2. Die Zusammensetzung der Kreditausschüsse soll derart erfolgen, dass der Kreditausschuss des Deutschen Städteags aus Vertretern der angegeschlossenen Kommunen und einem Vertreter der Deutschen Girozentrale — Deutsche Kommandabank — besteht. Außerdem sollen an den Beratungen der Kreditausschüsse je ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, des Reichsbundesfürsorge und der zuständigen Landesregierung teilnehmen.

Diese positiven Gegenvorschläge des Deutschen Städteages dürften bei den entscheidenden Beratungen, die der Unterausschuss der Länderkonferenz in der kommenden Woche abhält, eine weSENTLICHE Rolle spielen.

Sozialistischer Parteitag in Bulgarien

SPD. Sofia, 27. Oktober.

Die Sozialistische Partei Bulgariens hält in diesen Tagen in Sofia ihren diesjährigen (33.) Parteitag ab. Einleitung referierte der Vorsitzende der sozialdemokratischen Sobranjefaktion, Pastuchow, über die politische Lage des Landes und die Aufgaben der Partei. Ausgehend von dem siegreichen Aufstieg des Sozialismus während des letzten Jahrzehnts und dem entschlossenen, wie erbitterten Kampfe, den die sozialistischen Parteien der westlichen Länder gegenwärtig gegen die Welle des Faschismus und der Reaktion führen, erklärte der Redner, dass sich Bulgarien bisher vor einer unmittelbaren faschistischen Gefahr nicht befunden habe. Diese sei jedoch durch die jetzt stattfindende Hetze des bulgarischen Staatshauptes mit einer italienischen Königtöchter in bedrohliche Nähe gerückt. Mussolini, der sich seit Jahren um die Ausbreitung des faschistischen Imperialismus auf dem Balkan bemüht und bereits Albanien und Ungarn in seinen Fängen hälte, würde jetzt mehr denn je versuchen, Bulgarien zu einer weiteren Operationsbasis für seine verbrecherische Balkanpolitik zu machen. Hierbei finde er die Unterstützung jener reaktionären bulgarischen Politiker, die in einem Bündnis mit dem läuberfallenden faschistischen Italien eine „bessere Zukunft“ des Landes suchen. Die Lage der arbeitenden Bevölkerung Bulgariens sei unter dem Regime des Demokratischen Sowjet unerträglich geworden. Während das Volk hungere, würde jetzt zu großen Festschleifen für die Jarenhochzeit gerüstet, die den Regierenden ein willkommener Anlass sei, die öffentliche Meinung wieder einmal von den brennenden Fragen der politischen und wirtschaftlichen Würdenden Not abzulenken.

Nach dem Jahresbericht des Zentralkomitees besitzt die bulgarische Sozialdemokratie 1108 lokale Organisationen mit 28 146 Mitgliedern, die sich nach der sozialen Gliederung wie folgt verteilen: 8675 Lohnarbeiter, 2242 Handwerker, 17 291 Bauern und 1638 freie Berufe. Im vergangenen Jahre war es der Parteileitung infolge des Terrors der Kreisverwaltungen und wegen Mangels an hinreichenden materiellen Mitteln fast unmöglich, eine durchgreifende Werbearbeit durchzuführen.

Im Verlauf des Parteitages spielten die Beratungen über die Meinungsunterschiede eine große Rolle. Man diskutierte vor allem darüber, ob die bisher geübte Koalitionstaktik mit den Gruppen des sogenannten Eisernen Blocks, der faktisch nur während der Sobranjewahlen im Frühjahr 1927 bestanden hat, beibehalten werden soll oder nicht. Ein erheblicher Teil der Delegierten sprach sich für ein selbständiges Vorgehen der Partei aus, zumal die Bauernpartei in immer chaotischeren Verhältnissen treibe und sich den bürgerlichen Oppositionsparteien angeschlossen versuche. Die in dieser Frage angenommene Entscheidung spricht sich jedoch für ein Beibehalten der bisherigen Taktik in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation aus, was insoweit von besonderer Bedeutung ist, als im Frühjahr neue gesetzgeberische Wahlen bevorstehen. Zu der Frage der Sammlung der zerstreuten sozialistischen Kräfte des Landes appelliert eine Entscheidung an alle noch restignant ableit stehenden Gruppen und ehemaligen Parteifreunde und Führer, wieder in die Reihen der bulgarischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei einzutreten, um deren Front zu festigen und zu stärken.

Ein Habsburger auf dem ungarischen Thron?

Ein Prager Abendblatt hatte dieser Tage gemeldet, dass die Kleine Entente sich bei der letzten Volksabstimmung in Genf über eine Reihe von Zwangsmassnahmen gegen Ungarn geeinigt hätte, die im Falle einer Restaurierung der Habsburger ergriffen werden sollten.

Der „Tempo“ glaubt am Sonnabend diese Meldung vollständig bestätigen zu können. Die Kleine Entente sei im gegebenen Falle fest entschlossen, schrieb das Blatt, die Wirtschaftsblockade gegen Ungarn zu erklären, alle diplomatischen Beziehungen abzubrechen und die Grenzen für jeden Verkehr zu sperren. Der Beschluss sei übrigens den großen Volksabstimmungsmächten sowie der ungarischen Regierung offiziell mitgeteilt worden. Seine Durchführung könne also für den Fall der Rückkehr der Habsburger für niemand eine Überraschung sein.

„Ich kann gar nicht verlieren“

Wie Bilsudski den „Sieg“ vorbereitet Oppositionslisten werden annulliert

SPD. Warschau, 27. Oktober.

Die polnische Regierung, die bei den Parlamentswahlen um jeden Preis Siegen will, hat ingwischen einen neuen Weg erkannt, um die Oppositionsparteien um ihre Mandate zu bringen: Sie hat die Annulierung zahlreicher Wahlzettel der Opposition verfügt. So wurde in dem Krakauer Wahlbezirk, in dem bisher u. a. der sozialistische Schimmarschall Dąbrowski gewählt wurde, die Liste der Zentralisten von der Wahlkommission mit der Begründung nicht anerkannt, doch die Hälfte der Unterschriften gesägt sei. Von dem gleichen Schicksal wurden alle anderen Oppositionslisten im Krakauer Bezirk betroffen, so dass der „Sieg“ der Regierungspartei in diesem Bezirk bereits vor den Wahlen erkämpft ist. In ähnlicher Weise wurde in mehreren anderen Wahlbezirken voraus, wo der Vertretermann des Linksbloks bis kurz vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Listen gefangen gehalten wurde, so dass er seine Liste nicht rechtzeitig vorlegen konnte. So wird der Sieg von Bilsudski ausgesprochene Satz verständlich: „Die kommenden Wahlen kann ich gar nicht verlieren.“

Nach anderen Melbungen werden in Pommerellen den Deutschen große Schwierigkeiten gemacht, um die Zahl der deutschen Mandate zu verringern. So werden in den Wahlkreisen Bromberg, Dirschau, Thorn die deutschen Wahlzettel unter dem Vorwand formaler Fehler mit anderen Nummern versehen, um den Anschluss an die Staatsliste unmöglich zu machen, wodurch einige sichere Mandate verloren gehen. Der ostoberschlesische „Wahlausschuss der Beamtenchaft“ betreibt eine

energische Agitation zugunsten einer offenen Abstimmung der Beamten bei den Sejmwochen. Am Wahltag sollen sich die Beamten mit Familienangehörigen und Hausangestellten versammeln und unter Führung von Kontrolloreen, die das Erscheinen aller in dem betreffenden Wahlkreis wahlberechtigten Beamten nachzuprüfen hätten, sich zu den Wahlurnen begeben. Einer der angesehensten polnischen Rechtsanwälte, Nowowski, Mitglied der Hauptwahlkommission in Warschau, erklärt, dass die Aktion des ostoberschlesischen Beamtenausschusses alle Einzelheiten der nach den geltenden Bestimmungen strafbaren Wahlbeeinflussung trage.

Polnische Schreckensjustiz

OG Vor dem Graudenzer Bezirksgericht stand die Verhandlung gegen Ende statt, gegen den die polnischen Behörden seinerzeit die Anklage erhoben haben, dass er den bekannten Grenzwachschefenfall bei Neuhofen am 21. Mai provoziert hätte, bei dem ein polnischer Grenzwachschef erschossen und ein anderer verletzt wurde. Die Prozeßverhandlung dauerte 14 Stunden, worauf Kude zu elf Jahren schweren Kerlers, zehn Jahren Ehrverlust, einer Geldstrafe von 50 000 Złoty und zur Tragung der Gerichtskosten verurteilt wurde. Die Verhandlung fand hinter verschlossenen Türen statt.

Die gespannte Lage in Finnland

Wie aus Helsingörs gemeldet wird, sollen am Sonntag die finnischen Schütztruppen plötzlich mobilisiert werden. Die Schütztruppen sind bedeutender als die gesamte finnische Armee. Sie werden im allgemeinen mit Ausnahme von Übungen nicht einberufen. Augenblicklich stehen aber keine Übungen bevor. — Die Regierung hat erneut Telegramme von Aktivisten erhalten, worin die sofortige Freilassung des Generalstabsoffiziers Wallenius gefordert wird, der wegen der Beteiligung an der Entführung des ehemaligen Präsidenten Stahlsberg im Gefängnis sitzt und unter scharfer Aussicht gehalten wird.

In die Entführung des Expräsidenten Stahlsberg, die zunächst als völlig unsinniger Streich erschien, beginnt sich jetzt das Dunkel zu lichten: während seiner Präsidentschaft (1920 bis 1925) hat Stahlsberg eine sehr große Zahl von Kommunisten begnadigt, die seinerzeit wegen ihrer Beteiligung am Bürgerkrieg verurteilt worden waren. Aus diesem Grunde scheint Stahlsberg auf der schwarzen Liste der Kappo-Männer gestanden zu haben und zum Gegenstand eines Nachtkastes gemacht worden zu sein.

Sozialistischer Kampf für Abrüstung

SPD. Paris, 27. Oktober.

Der sozialistische Parteiführer Léon Blum hat am Sonntag in Montlucon den von der Sozialistischen Partei angekündigten Propagandafeldzug für die Abrüstung in einer bedeutsamen politischen Rede eröffnet. Frankreich habe die Pflicht, erklärte Blum, auf der bevorstehenden Abrüstungskonferenz die Initiative zu ergreifen. Der Beweis sei endgültig geleistet, dass jede Rüstungspolitik früher oder später zum Kriege führen müsse. Die Abrüstung sei daher das sicherste Mittel, um jeder Kriegsgefahr zu begegnen. Es sei ein schwerer Fehler gewesen, fuhr Blum fort, dass man das Abrüstungsproblem durch den Begriff der Sicherheit kompliziert habe. Selbst der Pöllerbund stehe noch auf dem Standpunkte, dass die Sicherheit durch internationale Verträge garantiert werden müsse. Die Sozialisten dagegen sehen das beste Mittel zur Sicherheit gerade in der allgemeinen Abrüstung. Sicherheit sei nur gegeben, wenn jedermann das Gefühl habe, dass weder er noch seine Kinder etwas zu befürchten hätten.

Zur Innenspolitik übergehend, erklärte Léon Blum, dass sich die Sozialisten gegenüber den Radikalen in einer etwas heissen Lage befinden. „Strecken wir Ihnen die Hand hin — erklärte Blum —, dann antwortet man, das sei zu kompromittierend. Verlagen wir unsere Macht, dann sagt man uns an, dass wir die Linke zur Ohnmacht verurteilen. Auf jeden Fall aber, schloss Blum, sind wir bereit, den Radikalen mit allen Kräften zu helfen, um die augenblickliche reaktionäre Regierung zu stürzen. Sollte dann ein radikales Kabinett zustande kommen, so werden wir mit ihm mit allen Kräften im Dienste des Friedens zusammenarbeiten.“

Izromski tritt zurück

Tatkrise Gegenjäge unter den Sozialisten Frankreichs

SPD. Paris, 28. Oktober.

Der Generalsekretär des Sozialistischen Parteiverbandes im Département Seine, Izromski, hat am Montag seine Demission eingereicht. Dieser Schritt Izromskis hängt mit den Vorgängen bei der letzten Nachwahl zur Kammer im 20. Arrondissement in Paris zusammen. Hier war der sozialistische Kandidat Jardel im ersten Wahlgang hinter seinem kommunistischen Konkurrenten Thorez in der Minderheit geblieben. Trotzdem hatte die Seine-Föderation im Einverständnis mit dem Parteivorstand seine Kandidatur im zweiten Wahlgang aufrechterhalten und ihm so den Sieg über den Kommunisten gesichert. Izromski, der bekanntlich zu den ältesten Führern des linken Parteiflügels gehört, sieht in dieser Haltung einen Verstoß gegen frühere Parteitagsbeschlüsse, nach denen jeder ungünstig liegende sozialistische Kandidat im zweiten Wahlgang zugunsten eines anderen, aussichtsreicheren Arbeiterkandidaten juridisch gezwungen werden müsse, um so einen eventuellen Wahlausgang der Reaktion unmöglich zu machen. Der Parteivorstand und die Seine-Föderation stehen aber auf dem Standpunkt, dass bei der Wahl im 20. Arrondissement die Gefahr eines reaktionären Wahlausgangs nicht gegeben war, weil sich der Wahlkampf ausschließlich zwischen Sozialisten und Kommunisten abspielte.

Demonstrationen in Bombay

Am Sonntag kam es in Bombay wiederum zu großen Demonstrationen: Der verbotene allindische Kongress versuchte eine Tagung abzuhalten. Auch die allindische Flagge wurde über dem Tagungsort gehisst. Die Polizei versuchte die Führer zu verhaften. Die Menge begann jedoch, mit Steinen zu werfen, worauf die Polizei durch berittene Truppen verstärkt wurde. Bei den darauf folgenden Kämpfen wurden 250 Demonstranten zu Teile sehr schwer verletzt. Die Hospitäler sind überfüllt.

Jungdeutsche Außenpolitik

Einig mit Hugenberg

In einem Rundschreiben, das der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, an die Führer der Volksnationalen Reichsvereinigung und die Meister des Jungdeutschen Ordens herausgegeben hat, heißt es u. a.:

Mit dem 10. Oktober beginnt für uns eine vollkommen neue politische Einstellung. An diesem Tage gab Geheimrat Hugenberg seine neue Einstellung zur Außenpolitik bekannt. Er bekannte sich nahezu restlos zu einer Außenpolitik, wie wir Jungdeutsche sie seit 5 Jahren vertreten. Er bekannte sich zu einer Politik, die Deutschland in ein neues Verhältnis zu den Westmächten bringt. Damit ist die politische Konstellation innerhalb der politischen Rechten eine vollkommen neue. Unsere eigene Politik steht nunmehr vor weiten nationalen Kreisen als gerechtfertigt da. Mit der Schwung Hugenburgs ist jeder Widerstand gegen die von uns vertretene Außenpolitik zusammengebrochen. Damit läuft aber auch das Grundähnliche, was uns während der letzten 5 Jahre von der Rechten getrennt hat.

Floottenübereinkommen

WTB. Konstantinopel, 27. Oktober.

Reuter meldet: Eine Information aus türkischer Quelle zu folgen, die sich bisher zuverlässig erwiesen hat, ist ein Vereinbarung zwischen der Türkei und Griechenland über Parität der Flottentreffen der beiden Länder erzielt worden. Weiter ist vereinbart worden, dass, wenn eine der beiden Mächte den Bau eines neuen Kriegsschiffes planen sollte, die andere Macht sechs Monate vorher davon in Kenntnis gesetzt wird. Es wird hinzugefügt, dass diese Abmachung vielleicht bald in Ankara unterzeichnet werden wird.

Öhrfeigen im Grenzel-Prozess

Mandatsniederlegung der Verteidigung

Die Montagverhandlung im Grenzel-Prozess endete damit, dass sich Gertrud und Hilde Grenzel weidlich verprügelten. Die beiden Schwestern waren zum erstenmal einander gegenübergestellt worden. Als Gertrud bei ihren alten Beschuldigungen blieb, schrie Hilde laut auf: „Du lügst, du Kanaille! Du hast unser Elternhaus ruinirt!“ Sofort war die Schlägerei im Gange. Im ganzen Gerichtsgebäude hörte man das Schreien der beiden Geschwister. Nur mit Mühe konnte ihr Kampf durch den eingreifenden Justizwachtmeister beendet werden. Der Angeklagte Grenzel flüzte weinend mit den Worten aus dem Saal: „Ich kann das nicht mehr mit anhören!“ Die Sitzung wurde aufgehoben.

Vor der Gegenüberstellung der Geschwister kam es zu einer interessanten Aussage Gertruds, als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Hellwig, auf Veranlassung des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Brandt, die Zeugin fragte, ob sie nach Schluss der Sonnabend-Sitzung in das Bornimer Pfarrhaus gelassen sei, um sich dort mit dem Ehepaar Schenk über den Prozess zu unterhalten. Gertrud Grenzel, die unter den Bornim Dr. Stappeneds gestellt wurde, damit sie nicht dauernd unter dem Einfluss des Pfarrhauses stehe, musste diese Frage bejahen. Der Vorsitzende, der Gertrud schon am Sonnabend ausdrücklich gebeten hatte, jede Fühlung mit dem Pfarrhaus zu vermeiden, ersuchte Gertrud Grenzel nochmals, denartige Besuche und Gespräche ein für allemal zu unterlassen.

Hilde Grenzel, die nun als Zeugin aufgerufen wurde, griff Gertrud sehr scharf an und warf ihr Widerprüche und Unwahrheiten vor. Hildegard: „Willst du denn bestreiten, dass du mir erzählst hast, für den Pfarrer zu schwärmen?“ Gertrud: „Jawohl, das bestreite ich, ich weiß davon nichts.“ Hilde: „Ich erinnere mich genau, dass du mir gelagt hast, der Herr Pfarrer sei dein Ideal.“ Gertrud: „Ich weiß davon nichts.“ Hilde: „Du lügst, du bist eben ein anderes Mädel geworden. Ich führe das darauf zurück, dass dich die Frau Pfarrer Schenk, vielleicht in bester Absicht, aber zu unserem Unheil, beeinflusst hat.“

Als der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Lippmann, Gertrud ins Kreuzverhör nahm, musterte das Mädchen zugeben, dass in welcher Weise sie von Frau Pfarrer Schenk beeinflusst worden ist. Die intimsten Dinge aus ihrem Leben hat diese Hüterin der Sitte und Moral von Bornim dem kaum dem Kindesalter entwachsenen Mädchen mit unverkennbarer Freude an der Sehnsucht des Themas erzählt. . . . und was den Herrn Pfarrer betrifft, so muß noch berichtet werden, dass sich am Montag auch jener Schenmann als Zeuge gemeldet hat, dessen Gattin seinerzeit von Pfarrer Schenk zum Schein verführt worden ist. Aus diesem Ereignis des Pfarrers war ein Mädchen und eine — Scheidung hervorgegangen.

Als der Vorsitzende im Verlaufe der Verhandlung das Amt Hilde Grenzels als „Theater“ bezeichnete, erklärte die Verteidiger, unter diesen Umständen die Verteidigung nicht weiter führen zu können und legten ihr Mandat nieder. Ob die Sitzung unter diesen Umständen am Dienstag fortgesetzt werden kann, erscheint im Augenblick noch fraglich. Formell erklärte der Vorsitzende, die Verteidiger möchten ihre Stellungnahme schriftlich mitteilen, worauf er die Sitzung auf Dienstag 9.15 Uhr vertagte.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Emil Rauch in Leipzig.
Verantwortlich für den Interkontinent: Hugo Schöpfel in Leipzig.
Druck und Verlag: Leipzigischer Buchdrucker Altinger-Gesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Öffentliche Bekanntmachungen

Krankenpflegepersonal

Die Vermittlungsstelle für Krankenpflegepersonal beim Arbeitsamt Leipzig, bisher in Leipzig, Nathausring 7, befindet sich vom 23. Oktober 1930 ab in Leipzig C 1, Schuststraße 1, 1. (Festsaal-dau).

Die Vermittlungsstelle ist geöffnet werktags von 8 bis 18 Uhr, durch Fernsprecher jedoch Tag und Nacht zu erreichen unter Nr. 17119. **Arbeitsamt Leipzig** 27. Oktober 1930

Großlich Hausmannsstelle für die städtischen Verwaltungsgebäude zu besetzen. Einstellung zunächst auf Probe für 1 Jahr. 30 RM. Wohnlohn und Freiwohnung.

Ausicht auf Berücksichtigung haben nur in Großlich wohnende Wohlfahrtsunterkunftsbesucher, die verheiratet und mit den Eltern geeignet sind und eine entsprechende Tauglichkeit bewiesen. Bewerbungsfrist bis 5. Nov. 1930 eingehen.

Stadt Rat Großlich, am 27. Ott. 1930.

Billig und gut

Reichszentrale für Heimatdienstl.-a. Sachsen

Dresden-A. 1, Schloßstraße 34/36

4

Staats- u. wirtschaftspolitische Vorträge in Leipzig in der Universität, Hörsaal 36 Beginn 20 Uhr

4. Nov. Univ.-Prof. Dr. Dessauer, Frankfurt: Weltwirtschaftskrise u. deutsche Wirtschaftsnos

12. Nov. Prof. Dr. Raab, Dresden: Die Gesundung der Reichsfinanzen

18. Nov. Ministerialdir. Prof. Dr. Dorn, Berlin: Wege zur Finanzreform im Reich

24. Nov. Vorstandsmitgl. Spield (AGB), Berlin: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Eintrittskarten sind bei Behörden u. Vereinsvorständen sowie in der Landesbibliothek Schloßstraße 34 zu haben. Die Vorträge beginnen jedesmal pünktlich. Hörergebühr 2.—RM. (einmalig für alle Vorträge)



SPD Ortsverein Ost

Donnerstag, den 30. Oktober 1930, 20 Uhr, im Arbeiterheim, Kirchstraße 17, Lichtbildvortrag des Genossen Laube:

Im Steinkohlenbergwerk

(Die Gefahren des Betriebs, Grubenbrand, Wasser einbruch, Schlagende Wetter) Zu diesem aktuellen und interessanten Vortrag laden ein: Der Vorstand Einlaß nur gegen Mitgliedsbuch — Eintritt frei



Thomaskirchhof 1b Telefon 26688

Das Haus der Komiker!

Täglich abends 8 Uhr

Seidel - Sänger

Wiederholungsspielplan Leipzig Telefon Tischbestellung Ruf 26688



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortverein Leipzig Tel. 11281. Geschäftsstelle: Leipzig, Gellertstraße 7/9

Ortverein Leipzig. Morgen Mittwoch, den 29. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer an der Tafel, allgemeine Funktionserklärung. Vollzählig erscheinen! Der Vorstand.

Butter-Schreiber

Königsplatz 8 Kohlgartenweg 2 Nürnberger Straße 32 Breslauer Straße 14

Heldcästeiner Magazine

schmeckt wicklich wie Molkereibutter

1 Pfd.
M 1.- oder 70,- ohne Salz 85,-

Pagauer Straße 11 Lützner Straße 56 Bahnhofstraße 4a Eisenbahnstraße 64

Neues Theater.

Augustusplatz Dienstag, den 28. Oktober 1930

30. Anreise-Vorstellung 10. Uhr, keine weiße

Die verkaufte Braut

Romantische Oper in 3 Akten von Karl Schöna

Zeitung von M. Halbeis, Musik von Frieder. Smetana

Inszenierung: Helmut Holzman

Personen: Schmettaus, ein Bauer (O. Schumann);

Schmettaus, f. Frau (G. Reinhardt-Ledermann); Marie, deren Tochter (M. Trümmer); Alice, Grundbesitzer (Alfred Holländer); Agnes, dessen Frau (Edith Wissolinski); Engel, derter Sohn (Hans Haubrich); Hans, Widows Sohn und erster Ehe (H. Ullmann); Engel, Heiratsvermittler (Ad. Vogel); Springer, Direktor einer Seiltänzertruppe (Walter Eilenbach); Schmettaus, seine Tochter (Katharina Krämer); Frau, ein Juwelier (A. Rothkopf)

Vorstellung: 1. Akt, 10 Uhr, 2. Akt, 12 Uhr, 3. Akt, 14 Uhr

Eintritt 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Einzug von Ema Wiert, Helga Heiter, M. Schulz,

Horst Breiden und Tänzerinnen und Tänzern.

Coste: August Reisinger

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Eintritt 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den 29. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, braucht Leben des Dreie-

Donnerstag, den 30. Oktober, 10 Uhr 100,-, Auf-

zstellung 14. Volk, folge 100,-, Abend.

Vor kommende Tage sind erläutert von

Ema Wendroff

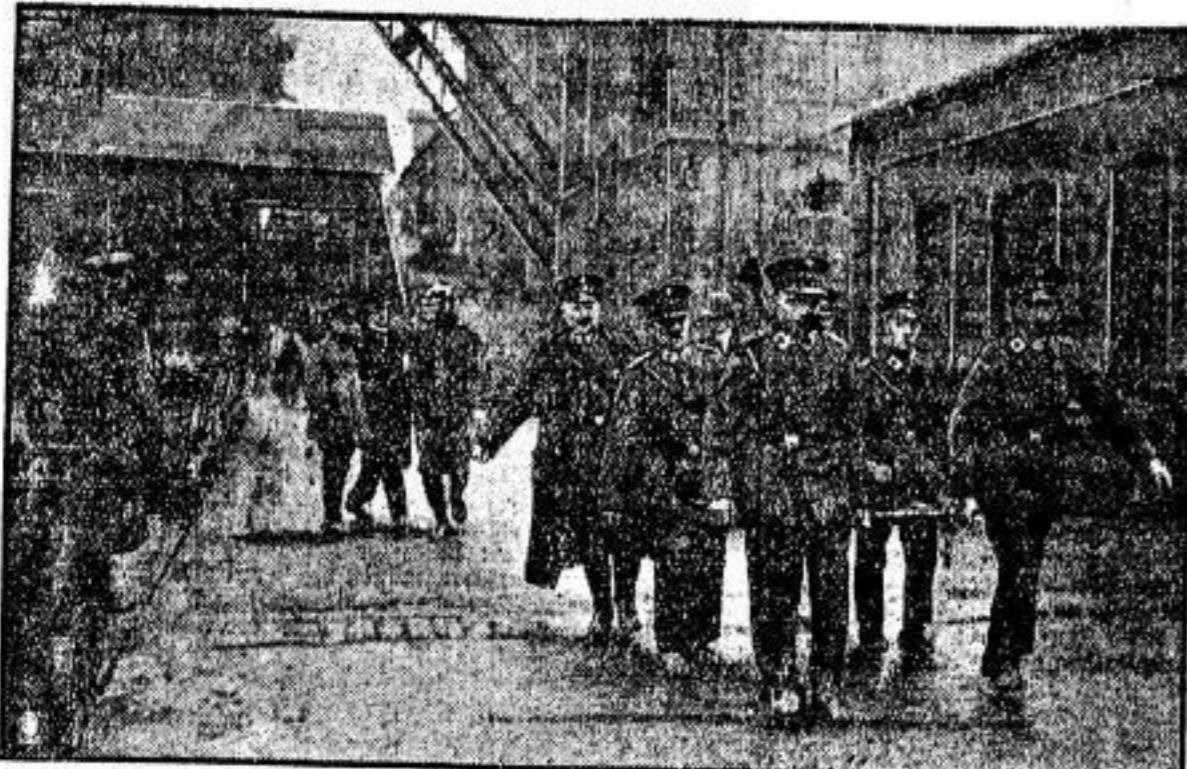
Bunte nach dem 1. und 2. Akt

Einzug 100,-, Aufzug 50,-, Ende nach 22 Uhr

Welle der Blüte 5. Zug, bis 8.—10.

Mittwoch, den

Der schwarze Tod im Saargebiet



Sanitäter tragen einen aus dem Schacht der Grube Maybach geborgenen Toten hinweg
Bild rechts: Die Angehörigen warten im Eingang des Unglücksschachts auf Nachrichten



Die Bergungsarbeiten auf Grube Maybach

Saarbrücken, 27. Oktober.

Die Bergungsarbeiten auf Grube Maybach sind im Laufe der Nacht fortgefahren worden. Bis jetzt sind 86 Verletzte zufolge gebracht. 2 Tote liegen noch unter Tage, 3 Bergleute werden vermisst. Von den Verletzten sind 4 schwer verwundet, 4 gestorben, 16 leicht verletzt und einer bereits entlassen. Was die Ursache des Unglücks betrifft, so kann nunmehr als feststehend angesehen werden, daß es sich um eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion handelt, die dann durch Gesteinsrieselung lokalisiert worden ist. Völlig unzutreffend sind die Gerüchte, daß am gestrigen Sonntag auf Grube Maybach eine neue Explosion stattgefunden habe. Diese Gerüchte erklären sich dadurch, daß gestern die brennenden Gase, nachdem sie berieselst und gelöscht worden waren, durch Wetterluken an die Oberfläche gefeuert wurden; bei dem diesigen Wetter fanden die Rauchwolken keinen schnellen Abzug.

Die Ursache des Unglücks

Paris, 27. Oktober.

Polit Journal läßt sich von seinem nach Maybach entsandten Sonderberichterstattler melden, die Annahme, daß die Grubenkatastrophe auf die Explosion einer Benzollosomotive zurückzuführen sei, treffe nicht zu. Technische Sachverständige betonten über einstimmend, daß es sich bei der Katastrophe um nichts anderes als um Schlagwetter handeln könne und daß erst im Augenblick der Explosion eine Preßluftlokomotive, die sich in dem betreffenden Schacht befand, aus den Weichen gesprengt und gegen die Wand geschleudert worden sei. Im Verlaufe des gestrigen Nachmittags sei erneut Alarm gegeben worden, der unter den an den Rettungsarbeiten beteiligten Personen eine Panik hervorrief. Wie es heißt, seien an einer Stelle neue Schlagwetter aufgetreten, und ein neuer Brand sei in den verschütteten Stollen ausgebrochen. Über dem Grubenloch sei eine dichte Rauchwolke erschienen, doch schien der neue Zwischenfall verhältnismäßig geringfügig gewesen zu sein. Die an den Rettungsarbeiten Beteiligten seien durch Glöckenschläge gewarnt worden, sofort auszufahren. Drei von ihnen hätten leichte Gasvergiftungen erlitten und ins Krankenhaus übergeführt werden müssen.

Polit Journal hat sich beim Sitz der Saargrubenverwaltung in Paris über die näheren Umstände der Katastrophe auf Gruppe Maybach unterrichtet, und will auch hier die Vollständigkeit erhalten haben, daß es sich um Schlagwetter handeln müsse, weil keine Benzolosomotive in Gebrauch gewesen sei. In der Maybachgrube wurden, wie betont wird, nur Trester mit Preßluft verwendet.

Noch sechs Bergleute in Lebensgefahr

TU Paris, 27. Oktober.

Nach den letzten Meldungen aus Saarbrücken befinden sich von den 20 verletzten Bergleuten 6 in hoffnungslosem Zustand. Der Generaldirektor für Grubenfragen im Ministerium für öffentliche Arbeiten wird sich am Dienstag nach Saarbrücken begeben, um die Untersuchung in der Maybachgrube zu leiten. Französischkeits wird erklärt, daß die ersten Feststellungen bereits den Beweis geliefert hätten, daß sämtliche Sicherheitsvorrichtungen intakt gewesen seien.

Heuchelei um Alsdorf!

Krocodistränen des Bürgertums

Während in Alsdorf die 280 Bergarbeiter der Erde übergeben wurden und bereits ein neues Bergwerksglück aus dem Saargebiet gemeldet wurde, überschlug sich die bürgerliche Oeffentlichkeit und die bürgerliche Presse vor Schmerz, Nahrung, Anteilnahme und einer bereits entlassen. Was die Ursache des Unglücks betrifft, so kann nunmehr als feststehend angesehen werden, daß es sich um eine Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion handelt, die dann durch Gesteinsrieselung lokalisiert worden ist. Völlig unzutreffend sind die Gerüchte, daß am gestrigen Sonntag auf Grube Maybach eine neue Explosion stattgefunden habe. Diese Gerüchte erklären sich dadurch, daß gestern die brennenden Gase, nachdem sie berieselst und gelöscht worden waren, durch Wetterluken an die Oberfläche gefeuert wurden; bei dem diesigen Wetter fanden die Rauchwolken keinen schnellen Abzug.

Dass diese Bergarbeiter Tag für Tag unter Lebensgefahr die Erde durchwühlen, daß sie alle beim Einfahren jeder einzelnen Schicht darauf gefasst sein müssen, zu Krüppeln geschlagen zu werden, daß ihre Frauen und Kinder in steiter Angst sind, ihre Ernährer zu verlieren, wer denkt daran, wenn diese Bergtrümpeleien verhandlungen führen, wenn sie um menschenwürdige Bezahlung ihrer lebensfähigen Arbeit kämpfen? Werden die Menschen erst gut und edel, einsichtig und gerecht, wenn es 280 Tote geben hat? Muß erst die Zahl der Opfer das zweite Hundertergebnis haben, wenn die bürgerliche Oeffentlichkeit Anteil nehmen soll?

Ungefähr 1400 Bergarbeiter werden Jahr für Jahr in Aussicht ihres Berufes getötet! Mehr als 8000 Proletarier aller Berufszweige erleiden jedes Jahr dasselbe dunkle Schicksal! Mit andern Worten: Mehr als 26 Menschen werden durch schriftlich jeden Werktag durch Unfälle im Betriebe, im Büro bei ihrer Arbeit im kapitalistischen Konkurrenzstiel getötet! Findet man eine Verhältnismäßigkeit dieser Tatsache bei der bürgerlichen Presse? Seht Sie sich dafür ein, daß die Unfallschuldetstellungen verschärft werden? Kämpft sie für die Erhöhung der Unfallrenten? Beweist sie Ihre Sympathie für die Opfer der Arbeit, indem Sie hilft, ihr Schicksal oder das ihrer Hinterbliebenen etwas zu mildern?

Aber zu den Bergarbeitern zurück: Wir wiederholen nochmals, daß Jahr für Jahr 1400 von Ihnen getötet werden. Die 280 Opfer von Alsdorf sind also nur ein Bruchteil dieser Zahl. Es heißt, die Demagogie auf die Spitze treiben, wenn die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben, daß das Unglück bei der Grube Maybach im "landstremend" Besitz sich befindet. In deutschen Betrieben könnte eben so etwas nicht vorkommen, worauf das bürgerliche Blatt auf die Sozialdemokratie zu schimpfen beginnt. Aber weiter. Vor fast drei Jahren besaßen sich bereits ungefähr 22 000 Frauen von getöteten Bergarbeitern "im Genuss" von Witwenrenten, mehr als 41 000 Kinder von Bergarbeitern bezichnen Waisenrenten. Lassen diese beiden Zahlen nicht bereits ahnen, zu wie vielen Jährlaufenden die Bergproleten in den letzten Jahren für fälligen Wohnsitz

Leben in den Gruben hingeben mußten? Und dazu kommen weitere Jährlaufende, die schwere Verlebungen erleiden!

Vielleicht darf man die bürgerliche Presse auch in diesem Augenblick daran erinnern, in welcher verbissenen Weise "Sparsamkeit" geübt wird vor den Sprachauschüssen, die über solche Rentenansprüche zu entscheiden haben, wie vor den Oberversteigerungskammern die zu Krüppeln geschlagenen Kumpels kümpern müssen um Renten, die so lärmäßig sind, daß man sich schämen muß, sie zu nennen? Wer spricht davon in der bürgerlichen Presse? Und was hat das Bürgertum übrig für die Opfer von Alsdorf? Was geschieht an privater Wohltätigkeit? Was geben bisher die Vertreter der Bourgeoisie außer Weißelstolegrammen und Mitteilungsbildern? In der mitteldeutschen Presse wird mitgeteilt, daß die Banken "bereit" seien, "Spenden für die Hinterbliebenen der Opfer auf der Grube Anna II anzunehmen". Gut ab, Volksgenossen, vor dieser Großzügigkeit! Seid gerührt, daß die Banken, vielleicht sogar speziell — Spenden annehmen! Freut euch, Bergarbeiter, Witwen, Waisen, die Banken nehmen sich eurer an; es werden nur Kapitalisten gesucht, die spenden ..

Den Opfern von Alsdorf hilft diese Art der Mildtätigkeit nichts. Sie haben auch herzlich wenig davon, daß sich die Rundfunkgesellschaften "auf Trauer" umgestellt haben! Wäre es nicht wichtiger, daß die Banken die von ihnen beherrschten Bergwerksbetriebe veranlassen würden, anständigere, menschenwürdigere Renten zu zahlen? Wäre es schließlich nicht auch vom Rundfunk verdient, statt Trauerklönionen spielen zu lassen, in ungenutzten Räumen die Wahrheit über die Hungersöhne, das Hungerdasein der Bergarbeiter zu berichten?

Die Nahrung, die das Bürgertum über das Alsdorfer Unglück empfängt, ist weiter nichts als verlogene Heuchelei, die Tränen, die es an den offenen Gräbern vergoss, sind Krocodistränen; denn dort, wo es darauf ankommt, ist es für den Profit, und Menschenleben sind ihm gleichgültig ... Fred Frank.

263 Todesopfer in Alsdorf

Im Elsweiler Krankenhaus ist am Montag einer der verlegten Alsdorfer Bergleute gestorben. Die Zahl der Opfer hat sich damit auf 263 erhöht.

Unterwetter in Schlesien

Wie vom Observatorium Breslau-Kriesten mitgeteilt wird, ist am Sonntag in Schlesien Schnee niedergegangen. Die Neuhöhe erreichte am Montagmorgen zum Beispiel in Glinoberg 28 Zentimeter und auf der Rielsträgerbaude 55 Zentimeter. Zur Zeit halten bei stürmischem Nordwestwinden die Niederschläge noch an. Von der Schneekappe wird Schneeschmelze bei Windstärke 12 gemeldet. Die Temperaturen liegen im Hochgebirge zwischen 5 und 6 Grad unter Null.

60 Todesopfer in Smyrna

TU Paris, 27. Oktober.

Die Unwetterkatastrophe in Smyrna und Umgebung hat nach den letzten Meldungen aus Konstantinopel über 60 Todesopfer gefordert. Etwa 500 Häuser stürzen ein. Die Aufräumarbeiten schreiten nur langsam fort. Der Sachschaden beläuft sich auf über 100 Millionen Francs.

Elektrisches Licht ist billig, darum sollte an der Arbeitsplatz-Beleuchtung nicht gespart werden.



Elektrisches Licht ist so billig, daß sich jeder viel Licht leisten kann. Vergleiche mit anderen Lebensnotwendigkeiten und Genußmitteln beweisen, wie billig elektrisches Licht ist.

Darum spare, wo's am Platz,
Wie's unsre Zeit begehr,
Doch an Beleuchtung sparen ist verkehrt.

Lassen Sie sich vom Elektro-Lichtfachmann beraten.

Innenmattierte OSRAM-LAMPEN geben *besseres Licht*

Geschäftsbedürfnisse des Betriebsrats

Wie steht es mit Gesetzeskommentaren?

Von Erich Heller.

Im § 36 des Betriebsvertragsgegeses wird bestimmt, daß der Unternehmer verpflichtet ist, die durch die Geschäftsführung des Betriebsrates entstehenden „notwendigen Kosten“ zu tragen und die nach Umfang und Beschaffenheit des Betriebes und der gesetzlichen Aufgaben des Betriebsrates erforderlichen Räume und Geschäftsbedürfnisse zur Verfügung zu stellen. — In einer Entscheidung, die bereits längere Zeit zurückliegt, hat sich das Reichsgericht entschieden, daß erstmal mit der Frage auseinandergesetzt, ob Kommentierte Gesetzesausgaben zu den Geschäftsbedürfnissen des Betriebsrates im Sinne des § 36 VBG gehören. Das Arbeitsgericht hatte die beklagte Firma antragsgemäß verurteilt, dem Betriebsrat eine kommentierte Ausgabe des Betriebsvertrages nach Wahl des Antragstellers, sowie eine Ausgabe des Arbeitsgerichtsgegeses zur Verfügung zu stellen.

Das Reichsgericht verwies damals die Revision der Belegten mit folgender Begründung:

Nach § 36 VBG hat, wie erwähnt, der Arbeitgeber die nach Umfang und Beschaffenheit des Betriebes und der gesetzlichen Aufgaben des Betriebsrates erforderlichen Geschäftsbefüllnisse zur Verfügung zu stellen. Was zu den für die Tätigkeit des Betriebsrates erforderlichen Geschäftsbefüllnissen im Einzelfall gehört, wird regelmäßig von der Lage des Falles abhängen. Die Annahme, daß hierzu auch Gelehrte gehörten können, ist rechtlich nicht zu beanstanden.“

Nach diesen Feststellungen gelangte das Reichsgericht allerdings zu der Auffassung, daß es unter Umständen genügt, daß der Unternehmer dem Betriebsrat die Räume zur Benutzung zur Verfügung stellt, vorausgesetzt, daß die Räume des Betriebsrates sind, in gleicher Hause wie das Büro der Firma befinden. Gegen diese Einschränkung des Umfangs der „Geschäftsbefüllnisse“ sind gewiß eine Reihe von Bedenken zu erheben. Kann den Mitgliedern des Betriebsrates augemutet werden, sich die notwendigen Gesetzeskommentare immer wieder vom Unternehmer zu pumpen? Sind nicht in kleineren Betrieben ebenso wie auch in Großbetrieben Fälle denkbar, wo beide Teile gleichzeitig an einer Benutzung der Kommentare Interesse haben? Soll da der Betriebsrat die Verpflichtung haben, zu warten, bis ihm die Gelehrte ausgaben gnädigst ausgeföhrt werden? Werden die Vertreter der Belegschaft unter Umständen nicht auch den berechtigten Wunsch haben, einen anderen Kommentar zur Information heranzuziehen als der Unternehmer? Mir erscheint gerade dieser leichte Einwand beachtlich! Das Reichsgericht erkennt ihn ja insofern für berechtigt an, als es ausdrücklich den Beschluss der Brünings-Kabinett bestätigt, in dem die Lieferung eines Kommentars „nach Wahl des Antragstellers“ anordnet. Bei den Auseinandersetzungen um diese Frage handelt es sich nun nicht um eine kleinliche Rechtsabreite oder unnötige Haftpälzer, sondern um die Geltendmachung der Tatsache, daß die Betriebsvertretung im Rahmen des Zumutbaren selbst bestimmen muß, wie die Wahrnehmung der Geschäftsbefüllnisse im einzelnen am besten garantiert wird!

Das Reichsgericht hat sich nun vor einiger Zeit noch einmal mit diesen Problemen auseinandergesetzt und es hat dabei, wie in vielen anderen Fällen, seinen Standpunkt, wenn auch sehr vorsichtig, nach der reaktionären Seite hin revidiert! Es handelt sich in diesem Falle um den Antrag eines westdeutschen Betriebsrates, dem Unternehmer die Verpflichtung aufzuerlegen, für die entsprechenden Bestimmungen des Betriebsvertrages zu der Verwaltung der Werkwohnungen herangezogenen Betriebsvertretungsmitglieder eine kommentierte Ausgabe des Reichsmietengesetzes zur Verfügung zu stellen.

Das Arbeitsgericht hatte den Antrag zurückgewiesen, das Reichsgericht verwies die Revision der Betriebsvertretung. In seiner Urteilsbegründung halte das Arbeitsgericht folgenden Gedankengang entwickelt:

„Es hat einmal erwogen, daß in dem Reichsmietengesetz keine Rechtsnormen enthalten seien, die für das Mitwirken des Rechtes des Betriebsrates an der Verwaltung von Werkwohnungen von Erheblichkeit sein könnten, und daß außerdem der Rechtszustand, der in den Bestimmungen zum Ausdruck kommt, seit Jahren unverändert besteht. Außerdem hat es die Bedürfnisfrage auch aus dem Grunde verneint, weil der Wohnungsausstausch in der Lage sei, sich über den Inhalt des Reichsmietengesetzes jederzeit durch Einführung in den Gesetzesgegenstand in dem Büro — der Antragsgegnerin zu unterrichten.“

Das Reichsgericht hat sich dieser Begründung angeschlossen und hat nur einchränkend bemerkt, daß die Betriebsvertretung ja gar nicht behauptet habe, daß die Verhältnisse im Wohnungsausstausch so schwierig liegen, daß die Verwendung eines Kommentars unbedingt notwendig sei ...“

Der Haupteinwand gegen dieses Urteil liegt auf folgendem Gebiete: Arbeitsgericht und Reichsgericht erkennt wohl an, daß die Heranziehung des Reichsmietengesetzes für den Betriebsrat unumgänglich ist, sie machen sich aber ein Urteil darüber an, ob die einzelnen Mitglieder der Betriebsvertretung bei Wahrnehmung ihrer Pflichten einen Kommentar brauchen! Die Gerichte verkennt hier völlig, daß die Notwendigkeit einer Gesetzeserläuterung von einer Reihe rein subjektiver Momente abhängt. Persönlichkeiten vom geistigen Range eines Reichsgerichtsrates zum Beispiel hätte dieses Hilfsmittel nicht notwendig, selbst wenn er als habsichtlicher Bergarbeiter zur Welt gekommen wäre. Bei gewöhnlichen Proletarien, die tagsüber schwer schwitzen müssen, von denen ein Spezialwissen nicht verlangt werden kann, wird hier bei einem Gerechtigkeitsinn ein anderer Beurteilungsmöglichkeit angewendet werden müssen.

Die Unmöglichkeit dieser neuen arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung ergibt sich aber aus dem Urteil des Reichsgerichts selbst! Wie sollen die Mitglieder der Betriebsvertretung in jedem einzelnen Falle die „Schwierigkeit“ der Rechtsfragen erkennen, die nach Ansicht des Gerichtes unter Umständen die Aussichtung für die Anschaffung eines Kommentares wäre? Wer garantiert dafür, daß die Verweigerung einer kommentierten Ausgabe nicht schwere Rechtsnachteile für die von dem Betriebsrat wahrzunehmenden Interessen verursachen kann? Was sollen die Vertreter der Belegschaft unternehmen, wenn plötzlich ein Fall auftaucht, bei dem sie erkennen, daß sie ihn ohne Heranziehung eines Kommentars nicht zweckentsprechend beurteilen können? Sollen sie erst ein arbeitsgerichtliches Verfahren anstrengen? Wieder der zu beurteilende Streitfall solange unentschieden bleiben können, bis sich die Gerichte darüber einig geworden sind, ob die Verhältnisse im Betriebe des betreffenden Unternehmers genügend „schwierig“ sind?

Und damit kommen wir zu dem schwersten Einwand gegenüber der Auslegungspraxis des Reichsgerichts: die Aufgaben der Betriebsvertretung liegen auf dem Gebiete der Interessenwahrung und Interessenvertretung. Solange sich die Mitglieder des Betriebsrates beziehungsweise Gruppenrates in den Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen halten, dürfen ihrer Betätigung und Amtsausübung keinerlei Beschränkungen auferlegt werden. Hier mögen sich aber nur die Arbeitsgerichte eine Entscheidung über die Voraussetzungen der Interessenwahrung an, die durchaus unbillig und unberücksichtigt ist!

Kann es denn nicht einmal auch passieren, daß ein Arbeitsgericht zu der Auffassung gelangt, daß Kommentare zum Betriebsrat- oder zum Arbeitsgerichtsgegeses nicht zu den „Geschäftsbefüllnissen“ des Betriebsvertretung gehören, weil „der Rechtszustand, der in den Bestimmungen zum Ausdruck kommt, seit Jahren unverändert besteht“, und weil nicht behauptet wurde, daß bei dem

Betriebe der Belegten die Verhältnisse ganz besonders schwierig liegen? — Aus dieser letzten Konsequenz der Rechtsprechung des Reichsgerichtsgegeses ergibt sich, in welchem Maße der Widerstreit zum Betriebsvertragsgegeses steht!

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter

SVD Die Verhandlungen zur Lösung des großen Berliner Metallkonfliktes konnten am Montag noch nicht, wie vorgesehen war, weitergeführt werden. Man rechnet im Reichsministerium jedoch bestimmt damit, daß bis Dienstag die Sonderberatungen der beiden Parteien abgeschlossen sind und dann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden können.

Die Streikfront ist unerschüttert. Lediglich in der Knorr-Bremse, Lichtenberg, einer jetzt faschistisch verdeckten früheren kommunistischen Hochburg, haben sich etwa 40 bis 50 Gelbe am Montag zur Arbeit gemeldet.

In der linksstehenden bürgerlichen Presse mehren sich die Stimmen, die dafür eintreten, daß die Entscheidung zunächst vertagt wird. In den Kreisen der Metallarbeiter weiß man darauf hin, daß eine Lohnkürzung vor Weihnachten eine Brutalität sei, da ja im Dezember durch die vielen Feiertage ohnehin eine enorme Lohnentlastung entsteht.

Die Arbeitspause, die durch den Streik entstanden ist, wird von der Berliner Metallarbeiterchaft zur Ausfüllung

der Wissenslücken ausgenutzt. Bei den Volksbibliotheken in Reinickendorf, in Wedding, in Pankow usw. herrscht ein wahrer Massenandrang und eine Masse nachfrage nach Büchern,

Zum Konflikt bei der Straßenbahn

Berichtigung

Wir berichteten am 27. Oktober in der Notiz über den Konflikt bei der Leipziger Straßenbahn, daß 330 Straßenbahner die Kündigung zugestellt worden sei. Wie wir erfahren, entspricht diese Mitteilung nicht den Tatsachen. Die Verwaltung der Straßenbahn hat zunächst nach dem Vorgehen des „roten“ Betriebsrates, lediglich beschlossen, Entlassungen vorzunehmen. Die Kündigungen selbst sind noch nicht ausgetragen worden. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaft nichts unterlassen werden, den Beschluß der Direktion rückgängig zu machen.

Zusammenschluß sächsischer Hypothekenbanken

In den Aufsichtsratssitzungen der Sächsischen Boden-Kreditanstalt in Dresden und der Leipziger Hypothekenbank AG in Leipzig wurde am Montag beschlossen, den zum 25. November einzuführenden Hauptversammlungen die Verschmelzung beider Institute vorzuschlagen. Die Boden-Kreditanstalt übernimmt die Hypothekenbank unter Ausschluß der Liquidation mit Wirkung vom 1. Januar 1931 und tritt gleichzeitig der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekenbanken bei. Das Umlaufverhältnis ist 1:1. Die Leipziger Hypothekenbank bleibt als Abteilung der Boden-Kreditanstalt in Leipzig bestehen. Das Aktienkapital der Boden-Kreditanstalt wird von neuem auf zehn Millionen erhöht. Es ist in Aussicht genommen, den Betrag von acht Millionen Reichsmark als geistliche Reserve auszuweisen. Da die Leipziger Hypothekenbank ein Kapital von sechs Millionen Mark hat, müssen die beteiligten Banken (Dresdner Bank, Allgemeine Deutsche Creditanstalt und Brüder Arnhold) fünf Millionen Mark Aktien für diese Transaktion zur Verfügung stellen.

Rund um Schiele

Brüning-Kabinett für weitere Schiele-Streiche

Viereinhalb Jahre Vorriegszeit

Der Reichsminister für die Ernährung der Landwirtschaft in dem von der Sozialdemokratie vorläufig besetzten Brüning-Kabinett — der Dr. Schiele — bemüht sich mit Erfolg darum, dem Kabinett eine Haltung zu geben, die wie ein Affront gegen die Sozialdemokratie wirken muß. Nachdem die Egikenz des Kabinetts für eine Weile durch die sozialdemokratische Fraktion geschwächt worden ist, wendet sich jetzt das Brüningsche „Prinzip“ der „Politik mit wechselnden Mehrheiten“ gegen die Sozialdemokratie. In aller Heimlichkeit ist ein Streich ausgeführt und am Sonnabend überraschend durchgeführt worden, der die helle Entrüstung der Verbraucherchaft hervorruft und jener Schichten also, die politisch in erster Linie durch die Sozialdemokratie vertreten werden.

Das Reichsnährungsministerium hat mit Zustimmung des Kabinetts und mit sofortiger Wirkung

den Weizenzoll von 185 auf 250 Mark erhöht.

Der bisherige Weizenpreis in Deutschland, der nach dem Berliner Weizenpreis von 220 Mark pro Tonne am 25. Oktober sich ausrichtete, war dem Dr. Schiele zu niedrig; sein Zolltarif soll dem „darniederlegenden“ Weizenpreis „aufhelfen“. Wiederum wurde die Zollmauer um Deutschland erhöht; wie stark, das zeigt der Vergleich des Vorriegszolltarifes für die Tonne Weizen von nur 55 Mark mit dem neuen Zolltarif von 250 Mark! Die Bedeutung der neuen Zollerhöhung erscheint aber noch klarer, wenn man den neuen Zolltarif von 250 Mark in Beziehung bringt mit dem gegenwärtigen Weltmarktpreis. In der Getreidebörse von Liverpool (England) deren Notierungen etwa als Weltmarktpreis angesprochen werden können, kostete die Tonne Weizen am 25. Oktober 125 Mark.

Der neue Zolltarif für Weizen ist also doppelt so hoch wie die Weltmarktpreise.

Schiele will mit der neuen Zollerhöhung den Preis für deutsche Weizen aufhelfen. Dieser kostete ja bisher „nur“ 220 Mark pro Tonne, das heißt, schätzungsweise (unter Berücksichtigung der Qualitätsdifferenz) 130 bis 140 Mark über Weltmarktpreis, wenn auch weniger als der weit über dem Weltmarktpreis festgelegte „geistliche Durchschnittspreis“ von 260 Mark.

So kurz nach der Ernte ist das bei der unsicheren Lage des Getreidehandels und dem starken Angebot der Landwirte nicht verwunderlich, allerdings auch nicht tragisch, denn ein Weizenpreis von 220 Mark ist durchaus nicht niedrig, vielmehr für die meisten Produzenten gut auskömmlich. Theoretisch könnte nun der Weizenpreis durch Schieles Zollperiment auf 285 Mark, also weit über den „geistlichen Durchschnittspreis“ erhöht werden. Praktisch wird schon bei geringerer Preiserhöhung eine weitere Verminde rung des Weizenkonsums eintreten, die die volle Auswirkung der Zollerhöhung aufzuhalten wird.

So wird der Verbrauch zwangsläufig gedämpft.

Landbund im Angriff

Der Vorstandssitzung des Reichs-Landbundes am 14. Oktober lag die Rücktrittserklärung des Ministers Schiele von dem bis dahin von ihm immer noch innegehabten Amt des vorzuherrschenden Präsidenten im Reichs-Landbund vor. Nach äußerst erfreulichen die Rücktrittserklärung als eine freiwillige. In Wirklichkeit wurde Schiele von den radikalisten Elementen verdrängt. Der „Gruß an Minister Schiele“, den die Bundesleitung beschloß, war recht kühl, sprach einen Dank nur aus für die von Schiele „in den vergangenen Jahren“ geleistete Arbeit. Wie das gemeint ist, läßt der vom Bundesvorstand in derselben Sitzung zuvor erlassene „Protokoll gegen die Reichsregierung“ (der ja auch Schiele angehört) erkennen. Der Reichs-Landbund befürchtet mit dieser Entschließung für „die Schaffung einer führenden Reichsleitung an Stelle des jetzigen Kabinetts“. Und zwar mit der Begründung, daß das Brüning-Schiele-Kabinett „weder für seine Gelantpolitik noch für das landwirtschaftliche Sanierungsprogramm Vertrauen und Gefolgschaft vom deutschen Landvolke erwarten“ könne.

Der Reichs-Landbund will also die Regierung stützen.

Inzwischen geriet der Reichs-Landbund selbst in eine Krise, als am 22. Oktober der Nachfolger Schieles gewählt wurde. Dem Bundesvorstand präsentierte sich für diese Wahl die beiden bisherigen Nebenpräsidenten Hepp und Hepp und der vorübergehend in das Präsidium eingetretene Freiherr von Wilmowsky. Das Rennen als vorzuherrschender Präsident machte aber ein Außenseiter, der Graf von Kalckreuth, ein ausgesprochener Vertreter des ostelbischen Junkertums. Das Ergebnis dieses Streites um die Führung war das Ausscheiden des Führers der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei Hepp aus dem Präsidium. Um Hepp schaute sich nun eine starke Opposition bürgerlicher Kreise an, die daran erinnert, daß der Graf Kalckreuth vor drei Jahren aus dem Direktorium des Reichs-Landbundes mit mehr oder weniger Zwang und Zureden entfernt wurde. Die Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkspartei erklärte am Tage nach der Präsidentenwahl: „Die gerade von den jetzt zurückgedrängten Vertretern außer Hepp das Bundesvorstandsmitglied Höher betriebene bürgerliche Aktivität zur Stärkung des Reichs-Landbundes, um dessen Machtstellung standig zu steigern, ist einem einseitigen parteipoli-

tischen Standpunkt östlicher Großgrundbesitzerkreise geopfert worden.“

Die Krise in der Führung treibt nun den Reichs-Landbund zu gesteigerter Radikalität, und diese Landbundskräfte treiben Schieles Forderungen im Kabinett Brüning zur Erfüllung.

Der Graf von Kalckreuth hat seine Tätigkeit soeben mit einem Aufruf begonnen, der fast ein Aufruf zur Revolution ist. „Wie war die Lage der deutschen Landwirtschaft verzweifelter als heute.“ So beginnt der Graf Kalckreuth aus Ostelben. Und er fährt ungeniert fort: die Landwirtschaft treibt „mit rasender Geschwindigkeit in den Abgrund“. Jetzt also „ist die Stunde gekommen, in der der Reichs-Landbund beweisen muß, daß er der Held ist, an dem die Wogen der Verzweiflung verschellen, daß er den noch immer ungebrochenen Lebenswillen der deutschen Landwirtschaft sammeln und an entschuldigender Stelle zum entscheidenden Kampf eingesenken kann.“ Zum Schluss wird dem Herrn Grafen der Kampf der Unter folgt zum Kampf „für Heimat und Vaterland“.

Abwehr auf Kosten der Verbraucher

Der „Kampf für Heimat und Vaterland“ geht gegen das Brüning-Schiele-Kabinett. Dies sucht nun mit praktischen Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft dem vom Reichs-Landbund geführten Angriff der Grünen Front zu begegnen. Deshalb die Erhöhung des Weizenzolls von 185 auf 250 Mark und außerdem des Braugerstenzolls von 150 auf 200 Mark. Deshalb auch die amtliche Mitteilung über die Kabinettssitzung vom 25. Oktober:

Reichsnährungsminister Schiele unterbreite die Vorschläge, die den innerdeutschen Ablauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen unter allen Umständen sicherstellen und einen entsprechenden Mehrverbrauch, insbesondere von Roggen und Kartoffeln, herbeiführen sollen. Das Kabinett stimmt diesen Vorschlägen zu. Es herrsche Übereinstimmung darüber, daß die dringenden Maßnahmen beschleunigt in Kraft treten müssten. Das Kabinett war sich auch darüber einig, daß die Wiederherstellung der Rentabilität Voraussetzung für alle weiteren Maßnahmen zur Milderung der Notlage im deutschen Osten darstelle.

Der Reichstag soll zu den Einzelmaßnahmen dieses Programms im Dezember Stellung nehmen. Es soll ein unbedingter Verwendungszwang für landwirtschaftliche Produkte inländischer Erzeugung gesetzlich festgesetzt werden.

Es ist leicht vorzusehen, daß die Abwehr des Landbund-Angriffs auf Kosten der Verbraucher geschehen soll.

Der Bogen überspannt

Die neue Offensive des Reichslandbundes und dessen kürzlich veröffentlichtes, in der Volkszeitung schon besprochenes Forderungsprogramm findet erfreulicherweise nun auch Widerstand in solchen Kreisen, die bisher die Agrargemeinschaft der Eisen-, Stahl- und Metallwarenindustriellen einen Vortrag von Professor Brandt, einem Agrarfachmann, halten, der den Industriellen Anbaumaterial in Hülle für seine Behauptung hat, daß die deutsche Landwirtschaft in ihrer heutigen Verfassung nicht mehr in den Rahmen der Gesamtwirtschaft passe und daß die Maßnahmen zugunsten dieser Landwirtschaft dazu geführt hätten, daß der Deutsche im Ausland sich seiner Regierung schämen müsse. Wenige Tage später erklärte auf einer Tagung des Reichsverbandes des Deutschen Groß- und Übersee-Handels dessen Präsident Ravené, daß

sich die bisherige Agrargelegebung Deutschlands über die fundamentalen Lebenserfordernisse anderer Wirtschaftszweige hinweggeschieben

sei. Eine im Anschluß an diese Ausführungen angenommene Resolution lehnt das jüngste Programm des Reichslandbundes im Interesse der Allgemeinheit, im besonderen Interesse der bürgerlichen Verarbeitungswirtschaft, der Industrie und des Handels ausdrücklich ab, weil es zur Mehrung der Arbeitslosigkeit und zu einer Versteuerung der Lebenshaltung sämtlicher Bevölkerungsschichten führen müsse. Ganz besonders entschieden hat sich nun in diesen Tagen die westdeutsche Großindustrie gegen die Fortsetzung der Schiele-Politik ausgesprochen. Das Organ der Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes sagt von den neuen Landbundforderungen, sie

überschritten so sehr die Grenze des Erträglichen, daß man sie kaum noch ernst nehmen könne.

Uns will es allerdings im Hinblick auf die geschilderte und energisch inszenierte Offensive des Reichslandbundes so scheinen, als ob man die Forderungen dieses Interessentenverbands sehr ernst nehmen müsse. Wir verzehlen aber die Stellungnahme der Industrie und des Handels als erfreuliche Wendung mit Genugtuung. Endlich scheinen die durch die agrarische Unersättlichkeit hervorgerufenen handelspolitischen Schwierigkeiten Deutschlands auch die Kreise aufgestört zu haben, die bisher mit der Grünen Front gegenseitig geschäfte gemacht haben.

Die freigeistige Bewegung und der Klassenkampf

Von Karl Peter

Vorsitzender der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände.

In seinen Rundbemerkungen zur freigeistigen Woche (Leipziger Volkszeitung vom 7. Oktober 1930) gibt Genosse Gurland seiner in Braunschweig gewonnenen Meinung Ausdruck. Die Grundtendenzen desselben geht aus dem folgenden Satze hervor: „Gegen diese „Spezialisierung“, gegen ein Erstarken des bürgerlichen Apparates, gegen die Entartung der freigeistigen Bewegung zur Versicherungsorganisation und Kultgemeinschaft hilft aber nur eine Verschmelzung der Verbände, von der man erwarten könnte, daß sie „etwas mehr Leben in die Bude“ bringt.“ Der Wunsch, die Freidenkerbewegung einheitlich zu gestalten, ist so allgemein, wie der Wunsch, die Arbeiterbewegung überhaupt als einheitliche Klassenfront zu gestalten. Da eine Verbindung zur organisatorischen Einheit zwischen den verschiedenen Richtungen in der Arbeiterschaft vorderhand aussichtslos ist, würden es die ehrlichen Klassenkämpfer schon als einen großen Fortschritt betrachten, wenn die Arbeiterparteien einmal dazu traten — trotz aller Gegenstände — bei den vielen Gelegenheiten, die sich bieten, zusammenzuarbeiten. Die Taktik der Kommunistischen Partei, angelegt auf Zerrüttung der Sozialdemokratie, verbietet allerdings jeden Versuch von Seiten der Sozialdemokratie, auch bei Überwindung aller sonstigen Bedenken. Dieser Zustand hat sich bedauerlicherweise auch auf die Freidenkerbewegung übertragen, seitdem sich die KPD die Eroberung der überparteilichen Organisationen zum Ziel gesetzt und mit ihrer eigentümlichen Taktik den Klassenkampf in die Reihen der Freidenkerorganisationen gebracht hat. Die Folge war: Mobilisierung der Sozialdemokraten in den Reihen der bedrohten Verbände zur Abwehr, Ausschluss oder Austritt der Kommunisten und eine neue (Partei-)Freidenkerorganisation der KPD. Wir haben diese Trennung nicht bedauert, weil uns diese Spaltung für die freigeistige Bewegung immer noch erträglicher erschien, als der Kampf innerhalb der Verbände, die durch den Bruderkampf von jeglicher fruchtbringenden Arbeit abgehalten wurden. Vorauszusehen war allerdings, daß die bisher gelübte parteipolitische Neutralität aller betreffenden Verbände in die Brüche ging. Die Koalition der Partei mit dem Zentrum und die Forderung der religiösen Sozialisten, als die Vertreter des wirklichen Sozialismus anerkannt zu werden, brachten die Partei von ihrem bisherigen grundfährlichen Standpunkt ab, der sie nicht zur Toleranz, sondern zur Unterstützung der freigeistigen Bewegung und zur Bekämpfung des Christentums und seiner Organisation, der Kirche, verpflichtete. An diesen Richtpunkten ist der heutige Stand der freigeistigen Bewegung zu ermessen.

Soweit Gen. Gurland geschichtliche Feststellungen macht, betrachten wir seine darangefüllten Bemerkungen als Sache der Auffassung. Wir glauben mit der Geschichte der freigeistigen Bewegung etwas vertraut zu sein, so daß wir die Ansicht, schon in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sei die Weiterführung des geistigen Kampfes dem proletarischen Sozialismus überlassen, nicht als allgemein betrachten können. Es kommt uns hier auch nicht darauf an, unsere Meinung fundatum über das, was die Sozialdemokratie auf Grund ihrer geschichtlichen Sendung tun müßte und warum sie daran vorhindert ist. Wir unterscheiden aber zunächst ohne jede Einschränkung: „... daß sie (die Sozialdemokratie) aus Rücksicht auf die zu gewinnenden teils indifferenzen, teils bürgerlich beeinflußten Massen in kultureller und geistiger Hinsicht in ihrer Bewegungsfreiheit stark beeinträchtigt wird“. Auch, daß dieser Zustand für die nächste Zeit in Rechnung zu stellen ist. Es kommt uns vor allem darauf an, einmal die Unstetigkeit über das Freidenkerum zu beseitigen, wozu der gutgemeinte Artikel des Gen. Gurland uns Veranlassung gibt. Ganz besonders, weil die Leser glauben könnten, daß es nur „Eigenheiten“ der großen Verbände und die „Spezialisierungen“ sind, die die Gegenseite bilden und eine Entartung der freigeistigen Bewegung herbeizuführen drohen.

Mit dem eben angeführten Satze entschuldigt Gurland die Passivität der Partei im kulturellen Kampfe. Wir Freidenker sind der Meinung, daß bei der gegenwärtigen und wahrscheinlich zukünftigen Gestaltung der Sozialdemokratie diese gar nicht mehr den Kampf gegen Kirche und Religion so führen kann, wie es die Freidenker wünschen, weil sie auf Anhängermaßen angewiesen ist, die in sich weltanschaulich keine ideologische Einheit darstellen, und weil die Koalition mit dem Zentrum das nicht verträgt. Dass wir als Freidenker keinen größeren Einfluss auf die Handlungen der Partei haben, liegt in der Hauptsache daran, daß viele Arbeiter ihre Mitgliedschaft in der Kirche aufrechterhalten. Der Kampf gegen die Kirche kann aber nur geführt

werden von einer Bewegung, die sich in allen Teilen aus antikirchlichen Anhängern zusammensetzt. Die Sozialdemokratie und mit ihr alle politischen Parteien erschließen diese Voraussetzungen nicht. Daraus ergibt sich, daß eine politische Interessenvertretung der Freidenkerbewegung nicht vorhanden ist. Der Kampf der Freidenkerbewegung richtet sich doch nicht allein gegen die Kirche, sondern vornehmlich gegen die Lehre vom Übernatürlichen, gegen das Christentum als Weltanschauung. Der Fortschritt unserer auf Vernunft und Wissenschaft aufgebauten Weltanschauung bedeutet Verdrängung der falschen christlichen Lehre.

Wenn nun Gurland der Partei die Rücksicht auf indifferente, bürgerlich beeinflußte Massen zubilligt, und wir aus dem gleichen Grunde der Partei die Aufgaben der Freidenkerbewegung nicht zumutbar, um wieviel mehr muß uns Rücksicht zugesagt werden, da unser Rekrutierungsgebiet weit über die Grenzen der sozialdemokratischen Anhänger hinausgeht, tief in politisch indifferente Massen hinein. Deshalb die Spezialbewegung der Freidenker, deren Ausbildungskraft von bedeutender Wichtigkeit für den Fortschritt, für den Sozialismus ist. Damit ist aber gesagt, daß unsere Sonderfunktion in der sozialistischen Bewegung nur wahrgenommen werden kann nicht „in engster Annäherung an die Sozialdemokratie“, weil die Anlehnung sowohl uns als auch der Partei doch Verpflichtungen auferlegen würde.

Nun geht Gen. Gurland, nachdem er sich mit dem Gedanken einer selbständigen Freidenkerbewegung abgefunden hat, an das Problem einer Einheitsorganisation mit gutem Willen, aber wenig Sachkenntnis heran. Er sagt ganz richtig, daß man in Braunschweig nicht ohne Absicht dem Verschmelzungsproblem aus dem Wege gehen ist. Er untersucht, wie das Nebeneinanderbestehen der vier Verbände zu rechtfertigen ist, und kommt zu dem Schluß, daß es Gegensätze zwischen den beiden großen Verbänden Deutscher Freidenkerverband und Volksbund für Geistesfreiheit sind, deren Spezialisierungen als Versicherungsorganisation einerseits und als Kultgemeinschaft anderseits ein Zusammengehen erschweren.

Es sind aber weder die Bestattungsversicherung im Deutschen Freidenkerverband noch die Pflege weltlicher Feiern im Volksbund für Geistesfreiheit, die die organisatorische Selbständigkeit der Verbände bedingen. Einmal hat der B. f. G. seine seit 1921 bestehende Bestattungsversicherung auf seine Ortsgruppen im Reiche ausgebaut, allerdings von Anfang an zur freiwilligen Benutzung. Dann hat der D. F. V. seitdem die Zusammenarbeit in der RAG den Aufbaugedanken förderte, sich gleichfalls der Pflege weltlicher Feiern (wie überdies alle, auch außerhalb der RAG stehende Verbände) angenommen. Kindesweinen und Ehefeiern werden vom B. f. G. nicht besonders propagiert, erst recht nicht mit Überbetonung eines kultischen Zeremoniells. Soweit hier und da Symbole (Flamme, Ringe) verwendet werden, ist das nicht als Nachahmung kirchlicher Sitten zu betrachten. Den Freidenkern, die bei ihren weltlichen Feiern noch Symbole benutzen, fällt der Gedanke an die Kirche dabei so wenig ein, wie bei Benutzung einer Orgel als Musikinstrument. Sie hören sogar nichts dagegen einzuwenden, wenn sie ihre Versammlungen in den Kirchen abhalten und von der Kanzel Auflärung predigen können. Sie sind immer gegenüber kirchlicher Suggestion, Kindesweinen und Ehefeiern werden von Ortsgruppen aller Verbände abgelehnt. Es besteht durchaus volle Freiheit auch im B. f. G., in bezug auf die Form der Feiern. Die Anwendungen von Symbolen im allgemeinen wird nicht befürwortet, trotzdem auf die Feierstunden der Partei mit Symbolen und Kult, auf Fahnen- und Bannerweihen verwiesen werden können. Diese Dinge bieten also durchaus kein Hindernis für eine Verschmelzung, sondern es müssen ganz andere Verhältnisse berücksichtigt werden.

Der Volksbund für Geistesfreiheit ist unter ganz anderen politischen Verhältnissen entstanden als der 60 Jahre später geborene Deutsche Freidenker-Verband, der noch dazu erst im letzten Jahrzehnt sich entwickelt hat. Unter dem Einfluß wirtschaftlicher Notwendigkeiten und unter dem Einfluß der politischen Nachkriegsmilitärität der Arbeiterbewegung wurde der Deutsche Freidenker-Verband im Augenblick seiner Entwicklung ein zentralistisches Gebilde, in dem nur nach zentralen Richtlinien gearbeitet wird.

Vor 80 Jahren entstand der Bund freireligiöser Gemeinden als ein völlig föderalistisches Gebilde, mußte so entstehen, weil es noch gar kein deutsches Einheitsreich gab, in dem einheitliche Grundsätze für Organisationen aufgestellt werden konnten und weil schon bei der Gründung der ersten freigeistigen Gemeinden 1844 jede Einigung der Mitglieder in Organisationsparagrafen grundfährlich vermieden wurde. In einigen Ländern (in Sachsen z. B.) haben die freireligiösen Gemeinschaften die Rechte einer öffentlichen Körperschaft seit 1848 und durften bei Gründung des Bundes freireligiöser Gemeinden diese gar nicht breiteten. Hierdurch entwickelte sich ein starkes Eigenleben der einzelnen Gemeinschaften, und auf dieser Stärke des Eigenlebens der lokalen Einheiten beruht nicht zuletzt die Stärke der freireligiösen Bewegung überhaupt. 1881 wurde der Deutsche Freidenkerbund gegründet, der Jahrzehntelang denselben Vorstand hatte, wie der Bund freireligiöser Gemeinden. Der Freidenkerbund sollte die Kampfsleitung der freigeistigen Be-

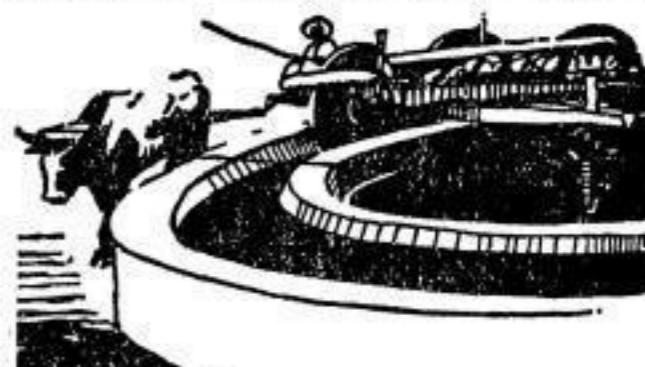
wegung sein, dem Bunde freireligiöser Gemeinden fiel dagegen die Aufgabe zu, den freigeistigen Unterricht, die weltlichen Feiern und die Ethik der Bewegung zu pflegen. Jahrzehnte freundlichstes Nebeneinanderarbeiten trotz organisatorischer Trennung führte zur Vereinigung der beiden Verbände, indem der Bunde freireligiöser Gemeinden aufgelöst wurde, sich mit dem Deutschen Freidenkerbund vereinigte, und dieser den Namen „Volksbund für Geistesfreiheit“ annahm. Diese Verschmelzung hat sich sonst bewährt, aber an dem Eigenleben der Ortsgruppen nichts geändert, da der Deutsche Freidenkerbund vor der Vereinigung gleichfalls föderalistisch organisiert war.

Wer sich diese Dinge einmal überlegt, der wird erstens zu der Feststellung kommen müssen, daß bei einem solchen Aufbau keine im Reichsmäßtale ideologische Einheit vorhanden sein kann, und doch weiterhin angesichts einer so vorhandenen Tradition bei der Auflösung der Frage des Aufgehens der Ortsgruppen des Volksbundes für Geistesfreiheit in eine neue Organisation einheitliche Beschlüsse aller Ortsgruppen gegenwärtig nicht zu erwarten sind. Ebenso bringt die Entwicklung des Deutschen Freidenker-Verbandes von einer Feuerbestattungsorganisation zum Freidenkerverband es naturgemäß mit sich, daß am rein freidenkerischen Aufbau der Organisation nicht viel gearbeitet werden muß. Auf andere, gleichfalls nicht unwesentliche Unterschiede der beiden Verbände braucht hier nicht eingegangen zu werden. Es genügt, festzustellen, daß in der RAG die Annäherung gefördert worden und der Beweis erbracht worden ist, daß das Nebeneinanderarbeiten verschiedener Organisationen der Gesamtbewegung durchaus nicht schädlich ist, wenn diese Organisationen sich als Glied des ganzen fühlen und sich ihrer Aufgabe im Klassenkampf bewußt sind.

Ebenso bringt die Entwicklung des Deutschen Freidenker-Verbandes von einer Feuerbestattungsorganisation zum Freidenkerverband es naturgemäß mit sich, daß am rein freidenkerischen Aufbau der Organisation noch viel gearbeitet werden muß. Es erkennt also vor der Reichsarbeitsgemeinschaft die Pflicht, jeder Verschmelzung zu widerstreben, die den Raum einer neuen Zerstreuung in sich trägt. Sukzessive Annäherung in den organisatorischen Methoden, bewußtes sukzessives Hinarbeiten auf eine ideologische Einheitsfront; auf diesem Wege wird die vollendete Einheit viel sicherer geschaffen, als durch künstlich organisierte Experimente, mit denen wir im letzten Jahrzehnt reichlich genug bedacht worden sind. Wir ziehen daraus die Lehren.

Noch einige Rundbemerkungen

Die Ausführungen, die Genosse Peter zu meinem Artikel „Freigeistige Bewegung und Klassenkampf“ macht, bieten mir die will-



Das ist eine „Kaffeemühle“

Allerdings mahlt sie nicht gerösteten Kaffee, sondern sie entfernt das Fruchtfleisch von den Kaffeekirschen, die in einer Pergamenthülle je 2 Kaffeebohnen bergen.

Solche alten Mühlen werden zuweilen noch dort gebraucht, wo wertvolle und sorgsam zu behandelnde Hochgewächse aufzubereiten sind. Auch ein Teil der kostbaren Hochgewächse, die dem Kaffee Hag die letzte geschmackliche Vollendung geben, wird noch in dieser Weise behandelt.

Vor der Röstung wird Kaffee Hag noch einmal in modernen Maschinen gesiebt und gewaschen. Dann wird ihm nach einem besonderen Verfahren das Coffein entzogen.

Coffein hat mit dem Geschmack und Aroma des Kaffees nichts zu tun, wohl aber kann es wegen seiner erregenden Wirkung auf Herz, Nerven und Nieren für viele Menschen schädlich werden.

Wenn Sie einen hervorragend guten echten Bohnenkaffee lieben und Ihrer Gesundheit einen wertvollen Dienst erweisen wollen, so trinken Sie Kaffee Hag.

Die Mienen hellen wieder auf bei dem unbefohlenen Gesang: Wir kommen ins Gleichgewicht.

— Links steht eine Kälter blasser Frauen vor einem Brotladen. — Sie lächeln mit abgespannten Antiken, — immer lächeln sie uns so an, wenn wir durch die Straßen marschieren: ein müdes, wehes Lächeln unter Tränen.

„Da stieg der Mönch eine Leiter hinauf“ ... mit einemmal reicht es ab ...

„Mutter!!!“ ruft, nein: schreit unser kleiner Kamerad, ...

„Mutter hier!“ ... Er fällt beinahe hin vor Erregtheit — und:

„Fritz! Ach, mein kleiner Fritz!! Da bist du ja! ...“ Es ist das zweite Wunder, das die Kanistraße erlebt: Mutter und Kind haben sich gefunden.

Eine kleine, verhüllte, graue Frau tritt — nein, stützt aus dem Laden heraus, die kurze Treppe herunter mit einem Brot im Arm, gepreßt an den Leib. — Sie bekommt plötzlich einen leichten, rötlichen Schimmer auf die fahlen Wangen.

Es ist alles so selbstverständlich, was nun geschieht: Sie marschiert neben ihrem Jungen, denn sie kann mit all' ihrer Liebe den Marsch der kampfenden Kompanie nicht aufhalten ... sie streichtelt ihn mit zitternden Händen den Kopf ... sie gehört plötzlich zu uns ... es ist also unsere Mutter, die mit uns marschiert und uns tröstet mit ihrem einfachen Da-sein, die uns streichelt ... Mutterhände.

„Hast du noch Strümpfe, Fritz?“ Wie weich, wie fern das klingt ... wie: „Hast du noch Strümpfe, Walter ... noch Strümpfe Karl ... Strümpfe, Hermann ... Hans ...“ Die Kompanie lacht den Worten ihrer Mutter. „Wirst du auch seit mein Junge? ...“ Wann kommst du mal?“ Sonntag? Ich habe Mehl gekauft, Weißmehl ... ich hab dir einen Puffer ... mit großen Rosinen ... den du so gerne magst.“

Wir lauschen ... wir können nicht genug hören ... wir sangen jedes Wort in uns ein ... vielleicht hören wir so etwas niemals wieder ... Auf und ab schwanken die Gewebe ... unter ihren fahlen, falten Lächeln schwint, summt, schwelt die Stimme der Mutter wie ein warmer Hauch — irrend — unter fahlen, falten Läufen.

Sie hat ihren Jungen schon eingehakt ... Kälb räuspert sich, aber er sagt nichts ... er schaut starr auf die Straßensteine.

„Ihr kommt doch nicht mehr raus, Fritz? ...“ Die kleine Frau sieht sich groß und ängstlich fragend um ... sie zupft an ihrer schwarzen dünnen Bluse. — Ihren Blick werde ich nie vergessen ...

„Nein, Mutter, wir kommen nicht mehr raus ... wir bleiben hier ... der Krieg ist bald zu Ende ... wir sind nur noch für die Garnison ... wir Jungen ... und ... und soll werden wir auch.“

Er spricht anders als er denkt. Er will sie nicht beunruhigen — er will sie nur sehen ... Er ist so glücklich, daß er seine Mutter neben sich hat. Er läuft übermüdet den Helm ins Genick und legt den linken Arm um die schmalen Schultern seiner Mutter ... Preuß ist nach hinten gegangen ... er will nichts sehen.

Es ist wie ein Schwingen in unserer Gruppe ... ein Glanz liegt auf jedem Knobengesicht ... der gar nicht zu unseren Gewehren paßt. Wir sind entrückt ... Jeder denkt an seine Mutter,

und die Sehnsucht unserer Mütter strömt schwingend, unsichtbar zusammen mit unserer Sehnsucht ... treibt uns vorwärts ... wir haben plötzlich alle einen veränderten Ausdruck, den Blick nach innen ... wir treiben in einem Meer von Sehnsucht ... nach Haus ... nach Haus ...

Die kleine Mutter auf den abgelaufenen Haushüten trippelt ein langes Stück mit; denn sie hat sofort zu fragen und weiß nicht, wann sie wieder bei ihrem Kinde ist.

„Wohin läuft ihr jetzt?“

„In die Kirche gewiß nicht“, murmelt Kälb.

„Wir fahren gleich ein Stück mit der Stadtbahn, Mutter“, erwiderte Adamczik, „und dann marschieren wir wieder zurück. Wir sollen das Marschieren lernen draußen vor der Stadt. Es ist gar nicht schlimm, Mutter.“

„Nein ... es ist gar nicht schlimm ... denke ich ... aber niemand darf es dir sagen ...“

„Sind das alles deine Kameraden, Fritz? Vertragt ihr euch auch gut? ... Ja ...“ sagt sie weiter und bläst sich lächelnd im Kreise um, „ja, mein Fritz ist ein guter Junge. Er ist aber etwas klein, darum mußt ihm immer beistehen ...“

„Ja, natürlich! Wir stehen ihm immer bei ...“ — Wir reden alle durcheinander und wissen nicht und denken darüber nach, wie wir sie überzeugen können.

„Das Brot nimmst du mit, mein Junge“, spricht sie weiter und will ihm das Brot reichen.

„Das geht nicht, Mutter ... nein, nein! Dann habt ihr zu Hause nichts mehr.“

Wir haben es diesmal wirklich über, Fritz, — nimm es nur. Sie läßt sich nicht abwehren ... du hast Hunger, ich sehe es dir doch an. Nimm es nur ... wir haben zu Hause noch Kartoffeln und Quarkkäse.“

„Es geht nicht, Mutter, — sei doch vernünftig. Es geht überhaupt gar nicht in meinem Tornister ...“ gut doch mal, wie der schon voll ist ... er räuspert sich und bläst mir dabei voll ins Gesicht und seine Augen sind tief und nachdenklich ... „aber gib meinen Kameraden was ab ...“

Und sie bricht schon das Brot und verteilt die einzelnen Stücke an uns, die wir in ihrer Nähe sind. Hastig greifen wir zu; wir finden, daß es eine glückliche Lösung ist ... Auch Kälb hat ein Stück bekommen, und so laufen wir und sind froh, unseren Hunger ein wenig stillen zu können.

— Da dreht Kälb sich auf einmal um, nimmt die kleine Frau in die Arme und gibt ihr vor unseren Augen einen herzhaften Kuss, der ordentlich knallt ... Er ist ein seltsamer Soldat!

„Für das schöne Stück Brot“, ergänzt er, „deinen Dank auch!“

Er spricht mit vollem Mund und hat feuchtshimmernde Augen, als wolle er weinen und könne es nicht. In seinem Gesicht ist eine verhaltene Qual stehen geblieben, so deutlich, als wolle sie nie wieder aus dem jungen Gesicht weichen.

(Fortsetzung folgt.)



Roman von Peter Rib

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag G. m. b. H., Hamburg-Bergedorf

8]

Adamczik schaut mit großen, unruhigen Augen nach oben: hier ist doch seine Heimat, hier ist alles eingefangen, was er verlassen mußte und woran er denkt, wenn er keine Befehle hört — — Die Gruppe marschiert langsam, um Zeit für den kleinen zu gewinnen. Er deutet mit der freien Hand hinauf: „Da ...“ sagt er gepreßt und wie abwesend, „— zweiter Stock! ...“ Eine Balkontür steht offen, aber niemand zeigt sich, und wir alle sind so gespannt, als trete im nächsten Augenblick unsere eigene Mutter auf den Balkon und winke. Alle Mütter der Erde sind in diesem Augenblick gleich und uns nahe: Adamcziks Mutter ist auch unsere Mutter. — Aber sie zeigt sich nicht. Wir sind alle traurig ...

Adamczik pfeift und pfeift; aber mit jedem Schritt wird er mutloser. Schon liegt das Haus hinter uns. Er geht gefunken Kopfes und schaut sich nicht mehr um: der kleine Elbote, dieser zähe und wieselige, immer über der Sache stehende Berliner hat den Mut verloren, ist wie zerschmettert und macht ein Gesicht, als wäre er ein kleiner Junge, der sich verlaufen hat und nicht nach Hause finden kann.

Kommene Gelegenheit, auf das umstrittene Problem der Aufgaben, die der proletarischen Freidenkerbewegung in der gegenwärtigen Entwicklungphase des proletarischen Klassenkampfes zutreffen, noch einmal zurückzugehen. Ich befinden mich wohl in Übereinstimmung mit dem Genossen Peter, wenn ich sage, daß im Umkreis der erörterten Fragen die Stellung des Freidenkers zum Sozialdemokratie am meisten umstritten ist. Nun stellt Genosse Peter fest, daß die parteipolitische Neutralität der freigeistigen Verbände im Kampf mit den Spaltungsbemühungen der Kommunisten praktisch in die Brüche gehen müsse. Und Genosse Peter wird mit vermutlich auch nicht widersprechen, wenn ich hinzufüge, daß die Sozialdemokratie heute praktisch die einzige Partei ist, mit der das Freidenkerium zusammenarbeitet und zusammenarbeiten kann. Im Gegensatz zu mir meint aber Genosse Peter, daß die Sonderfunktion der Freidenkerbewegung im Klassenkampf nicht „in engster Unlehnung an die Sozialdemokratie“ wahrgenommen werden kann. Diese Ansicht begründet Genosse Peter einmal mit der „Passivität der Partei im kulturellen Kampf“ zum anderen damit, daß das Rekrutierungsgebiet der Freidenkerbewegung weit über die Grenzen der sozialdemokratischen Anhänger hinausgeht, tief in politisch indifferente Massen hinein“. Die kulturpolitische Passivität der Partei, die ich nicht „entstellt“, sondern nur zu erklären versucht habe (diese Erklärung unterschreibt Genosse Peter „ohne jede Einschränkung“), ist eine Tatsache. Ich bin nun der Meinung, daß gegen diese Passivität anzukämpfen werden muß und daß das nur dann mit Erfolg geschehen kann, wenn die Freidenkerbewegung sich von der Partei nicht distanziert, sondern sie in engem Kontakt mit ihr in kulturpolitischen Dingen über den toten Punkt hinausentreiben versucht. Die Freidenkerbewegung kann ohne eine „politische Interessenvertretung“, die, wie Peter meint, heute nicht vorhanden ist, gar nicht auskommen, und eine solche „politische Interessenvertretung“ kann für das proletarische Freidenkerium nur die Sozialdemokratie sein. Wenn sie es heute nicht in dem Maße ist, wie die Freidenkerorganisationen das wünschen, so ist das kein Grund, sich damit abzufinden. Andernfalls kann man das aber nur, wenn man mit der Sozialdemokratie auf das engste zusammengeht, was ja in der Praxis auch schon längst der Fall ist. Und einfach deswegen der Fall ist, weil das Rekrutierungsgebiet der proletarischen Freidenkerbewegung mit dem Rekrutierungsgebiet der Partei im großen und ganzen zusammenfällt. Es handelt sich in beiden Fällen um „politisch indifferente Massen“ der werktätigen Bevölkerung, um die gekämpft wird. Gewinnt man sie für die politische Organisation, so muß das — auf längere Sicht gesehen — auch für das Freidenkerium ein Erfolg sein; gewinnt man sie weltanschaulich für das Freidenkerium, so wird über kurz oder lang auch die Partei dadurch eine Stärkung ihrer Position erfahren. Wenn — ja, wenn Partei und Freidenkerium im proletarischen Klassenkampf, dem sie beide dienen, enger zueinander finden.

Solange die Partei ihre Aufgabe auf kulturpolitischem Gebiete nicht in dem Maße erfüllt, das wahrscheinlich auch Genosse Peter mit mir für wünschenswert hält, ist selbstverständlich die verstärkte Aktivität einer selbständigen sozialistischen Freidenkerbewegung nötig; mit dieser Forderung brauchte ich mich gar nicht abzufinden, ich habe sie selbst erhoben. Daß das Höchstmach an Aktivität von einer einheitlichen Freidenkerorganisation würde entfaltet werden können, scheint mir selbstverständlich zu sein, ohne daß ich „künstlich organisierten Experimenten“, was ich auch nie getan habe, das Wort reden wollte. Daß Gegenläufigkeiten zwischen den einzelnen freigeistigen Verbänden bestehen, ist bekannt. Ich begrüße es, daß Genosse Peter diese Gegenläufigkeiten zu untersuchen versucht; er sieht sie auch, obgleich er mit mangelndem Sachkenntnis vorwirkt, ungefähr in der gleichen Ebene wie ich. Ich habe nicht geschrieben, daß die Bestattungsversicherung im DFB und die Pflege weltlicher Helden im VfG „die organisatorische Selbstständigkeit der Verbände bedingen“. Ich schrieb von Gegenläufigkeiten, die „allerdings nicht bewußt ideologischer Art“ sind. Von den gleichen Gegenläufigkeiten spricht Genosse Peter, wenn er den zentralistischen Aufbau des DFB dem föderalistischen Aufbau des VfG gegenüberstellt. Was den DFB betrifft, so schreibt ich von einem starken Gewicht des Versicherungsmomentes in der Tätigkeit des Verbandes und einem Ubergewicht des organisatorisch geschäftlichen Apparates, wodurch „eine gewisse Jährläufigkeit im Leben der Organisation“ bedingt würde. Welche andere Grundlage sollte wohl der „Zentralismus“ des DFB haben als die geschilderte? Und was den Föderalismus des VfG angeht, so schreibt Genosse Peter selbst, daß bei einem solchen Aufbau keine im Reichsmaßstab vorhandene ideologische Einheit vorhanden sein kann“. Nun, das Fehlen dieser ideologischen Einheit führt eben dazu, daß in zahlreichen freireligiösen Gemeinden „die Vornahme kultischer Handlungen zu einem überstarten Element“, wie ich geschrieben habe, sich entwidelt. Daß dabei sehr merkwürdige Formen solcher kultischer Handlungen unterlaufen, bestätigt auch Genosse Peter, und er fügt

noch hinzu: „Es besteht volle Freiheit im VfG, auch in bezug auf die Formen der Feiern.“ Und da meine ich allerdings, daß es sich dabei teilweise um Formen handelt, die mit dem erzielten sozialistischen Inhalt nichts zu tun haben. Daß dies alles aber kein Hindernis für eine Verschmelzung mit anderen freigeistigen Verbänden ist, darin stimme ich mit Peter vollkommen überein. Ich glaube nur nicht, daß die ideologische Uneinigkeit (und in vielem auch Unklarheit) im Rahmen des VfG der freigeistigen Bewegung überhaupt föderal ist, zumal in einer Zeit, die Aktivitätsfähigkeit und Schlagkraft der Organisationen im höchsten Maße erfordert. So trügerisch geschichtliche Erklärungslünde sich für den

Lehr gut, aber als es zur Abrechnung kommen sollte, verschwand der Vertreter mit den 15 000 Mark und dem Verdienst auf Nimmerwiedersehen nach Bulgarien. Nun legte sich Braun auf den Darlehnschwindel. Im Juni 1929 bekam er von einer Frau 470 Mark für die er Möbel verpfändete, die ihm nicht gehörten. Durch Vermittlung des völkischen Stadtverordneten Niedel bekam er von einem Postassistenten 1900 Mark, mit denen er Grundstückspekulationen machen wollte. Dann informierte er in der Zeitung und suchte eine Kontoristin mit Kauptionslänge. Es meldete sich ein junges Mädchen, das längere Zeit arbeitslos war und bei Bekannten und Verwandten 1000 Mark zusammenborgte. Die Kontoristin wurde nach 14 Tagen fristlos entlassen, ohne daß die Kauption zurückerstattet wurde. Die Kontoristin mußte feststellen, daß sie selbst ihre Kauption zu den Metallbüros gebracht hatte. Braun hatte sich nämlich aufs Pferdewettgelegen und benutzte seine Kontoristin als Laufmädchen zu den verschiedenen Metallbüros.

Für zwei Leipziger Firmen sollte Braun Forderungen einholen, was er mit Erfolg durchführte, er vergaß nur, die eingestellten Beträge in Höhe von 400 und 450 Mark den Auftraggebern zu geben und verbrauchte das Geld für sich. Zum Schluss pumpte er bei zwei Gastwirten in Leipzig 1800 Mark, für die er Wechsel mit gefälschter Unterschrift ausstellte.

Dieses Musterexemplar eines völkischen Stadtverordneten mußte sich nun vor dem Leipziger Schöffengericht wegen Betrug, Untreue und Unterschlagung verantworten. Er beschwerte sich bitter darüber, daß die Völkischen ihn so wenig unterstützt hätten, und daß neben den 700 Rechtsanwälten noch 800 gewerbomäßige Rechtsbeistände in Leipzig sind, die sich untereinander scharfe Konkurrenz machen. Das Urteil des Gerichts lautete auf 2 Jahre Gefängnis für den eifrigsten Vertreter der „völkischen Belange“.

Auf dich kommt es jetzt an!

Große Entscheidungen stehen bevor.

Es geht um mehr als mancher glaubt. Jetzt ist es wichtig, der Volkszeitung neue Leser zuzuführen. Die Volkszeitung ist deine beste Waffe im Kampf um die Macht der SPD.

Für jeden neuen Leser zahlen wir eine Werboprämie

Rundfunk-Programm Leipzig-Dresden

Leipzig (1184 kHz, 2,3 kW) Welle 253,4
Dresden (941 kHz, 0,3 kW) Welle 818,8

Mittwoch, den 20. Oktober.

- 10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk.
- 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 10.30 Uhr: Dienst der Haushalte. Das Leben der Frauenvereine in Stadt und Land. Gertrud Dumstrey-Trenztag, Leipzig.
- 11.00 Uhr: Werbenachrichten.
- 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12.00 Uhr: Zur Unterhaltung. (Schallplatten.)
Unschließend bis 14 Uhr: Joseph Haydn-Stunde. (Schallplatten.)
- 13.00 Uhr: Wettervorhersage, Presse- und Börsenbericht.
- 14.00 Uhr: Arbeitsmarktbilanz des Landesarbeitsamtes Sachsen.
- 14.30 Uhr: Jugendfunk. Jäpfel Kerns Abenteuer. II. Von Otto Julius Bierbaum. Regie: Hans Peter Schmidel. Bearbeitung von Hedwig Schlichter.
- 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16.00 Uhr: Das Theater und die deutsche Jugend. Generalintendant Dr. Franz Ulrich, Weimar.
- 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Wilhelm Neithal.
- Unschließend, 17.30 bis etwa 17.35 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe.
- 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 18.00 Uhr: Der unabhängige Spielplan. Gespräch zwischen Intendant Dr. Wolf Roenneke, Bauen, und Dr. Karl Voewenberg.
- 18.30 Uhr: Sprachenfunk. Italienisch. Signora F. Patini und Ernst Smigelski, Leipzig.
- 18.50 Uhr: Minelle Opernfeststunde.
- 19.05 Uhr: Was hat man unter Wirtschaftsdemokratie zu verstehen? Dr. Hans Urons, Berlin.
- 19.30 Uhr: Politischer Aufstieg in Frankreich — Tardieu in Alençon. Bearbeitet von Actualis. Übertragung von der Südwestdeutschen Rundfunk A.G., Frankfurt a. M.
- 20.00 Uhr: Konzert des Tonkinstrumentvereins zu Dresden. Übertragung aus dem Gewerbehaus, Dresden. Mitwirkende: Elsa Weber von der Staatsoper Dresden (Sopran), Kommerländer Wilhelm Guttmann, Berlin (Bariton). Der Dresdner Lehrergesangvereine. Die Staatskapelle Dresden. Dirigent: Generalmusikdirektor Fritz Busch.
- 21.30 Uhr: Paul Scheerbart: Grotesken und astrale Novellen. Einleitung: „Verlönliche Erinnerungen an Paul Scheerbart“ von Hermann Hübler, Dresden. Sprecher: Fritz Welsdin, Dresden.
- 22.00 Uhr: Zeitangabe, Wettervorhersage, Pressebericht, Sportfunk.
Unschließend bis 24.00 Uhr: Tanzmusik. Kapelle Adolf Weber.

Spielo!

Möglichkeit zum Preis

Oleföpp

Besuchen Sie unsere sehenswerte Spielwaren-Ausstellung



Einer, dem es gut geht

Gestern habe ich Max getroffen, meinen Freund aus der Inflationzeit. Er hatte einen sabelhaften Anzug an, englischen Staubmantel darüber, schnellen Hut, dazu Bambusstock. So einen, wie ich mal gehabt habe, aber nicht halten konnte. „Mensch, Max,“ sage ich, als ich ihn sehe, „wie geht es dir?“

„Gut,“ sagte er.

„Das sehe ich. Aber wie geht es dir gut in dieser Zeit, wo alle Welt klägt.“ „Ja,“ sagt Max, „das ist mal so. Dem einen sein Uhl, ist dem andern seine Nachgall.“

„Dann bist du jetzt wohl Propagandachef bei die Nazis?“

„Two,“ meinte Max und er zeigte auf seine Nase, die ein bisschen rot geraten ist, „aber das sind die Nazis in meiner Heimat so ziemlich alle. Bei der Nase,“ sagte er dann weiter, „kannst du doch bei die nichts werden.“

„Ja, dann begreife ich es nicht. Die Geschäfte laufen. Kaufen wir kein Mensch mehr was. Wer Geld hat, bringt es in die Schweiz und du läufst herum, als wäre es dir nie so gut gegangen wie heute.“

„Ist es mir auch nicht. Aber daß du dich darüber wunderst, das beweist mir wieder mal, daß du wie immer keine Nase hast.“

„Na ja, so groß wie deine ist meine allerdings...“

„Spinn doch nicht. Also wenn du ein bisschen auf dem Kien wärst, müßtest du doch sehen, was los ist. Die Zeit war nie so günstig für den, der zu was kommen will. Sieh mich. Sieh ich nicht gut aus. Und es wird mir noch besser gehen. Aber damit du mich nicht doch noch für einen Schleber hältst, will ich dir sagen, was ich mache. Ich bin Versicherungsagent. Die einzige sichere Sache in dieser Zeit. Weißt du, Versicherungen gegen Aufzehr und Plünderung kannst du jetzt abschließen wie nie. 1919 war auch mal so 'ne Zeit. Wie sie überall die Läden gestürmt haben, da ließ sich auch alle Welt verschwören. Als es dann wieder ruhiger wurde, haben die Leute natürlich ihre Versicherungen verlassen lassen. 23 sind sie alle wieder rein, da sorgte schon die reaktionäre Prese dafür. Das war die letzte gute Zeit. Nachher war es wie abgeknitten. Wie der Rhein frei wurde, gab es in Wiesbaden und Mainz ein paar kleine Geschäfte, aber sonst nichts. Aber jetzt, wie die Wahl herausgekommen ist, also du kannst dich nicht retten vor Aufträgen. Auch eiserne Rolladen gehen gut. Die Leute wissen nicht, wo sie dran sind, das ist alles. Aber mir geht es gut dabei. Morgen.“

Morgen,“ sagte ich, da war er schon verschwunden. Nachdenklich ging ich durch die Straßen, und in der Tat, überall lag ich Geschäftsläufe, die ihre Rolladen öfneten. Sie haben sie lange nicht mehr herabgelassen, aber es scheint, als ob sie sich vergewissern wollten, ob sie noch funktionieren. Freilich, so fröhliche Gesichter wie Max macht keiner von ihnen. Neben den Kapitalisten scheint er der einzige zu sein, dem der Ausgang der Septemberwahl Spaß gemacht hat. Aber seit ihm werden wohl auch bald wieder schlechte Zeiten kommen, denn die Arbeiter sind schon unterwegs, um das Wahlergebnis zu revidieren. Aber dann hat er sein Geld in der Tasche.

Egri.

Was die Leipziger Neuesten nicht berichten

Es gehört zum System der Hakenkreuzzeitung, die sich Leipziger Neueste Nachrichten nennt, daß sie planmäßig in allen Artikeln und Notizen Stimmung für die Faschisten macht und alles unterdrückt, was irgendwie die Hakenkreuzer in ihrer wahren Gestalt zeigen könnte. Daher bringt das Hakenkreuzblatt alle Meldungen über Kommunisten in Fettdruck, während sie von den Nazi-Ausschreitungen nichts berichtet.

In dieser Einseitigkeit der Berichterstattung liegt die Absicht, den Spießern die Kommunisten und mit ihnen die Sozialdemokratie als die gefährlichen Feinde zu denunzieren, wobei dann von selbst die Stimmung erzeugt wird, daß die Nazis im geeigneten Augenblick als die Retter von Ruhe und Ordnung erscheinen können. Ein Musterbeispiel dieser Stimmungsmache für die Nazis ist die Nummer der Leipziger Neuesten Nachrichten vom Sonntag, dem 26. Oktober.

Auf Seite 6 dieser Nummer bringt das Hakenkreuzblatt folgende Artikel:

Kommunistische Moral.

Kommunisten plündern in Berlin.

Blutiger Zusammenstoß in Dortmund.

80 Kommunisten in Duisburg verhaftet.

Unglaubliche Frechheit der Wittenberger Kommunisten.

Unserde: Eine Hebe gegen den Reichswehrminister Gröner, der den Nazis besonders verhaftet ist.

Eine Hebe gegen den preußischen Innenminister Genossen Severing.

Auf Seite 7 einen Artikel gegen die kommunistische Jugend.

Dieselbe Hebe gegen den Genossen Severing noch einmal, die bereits auf Seite 6 abgedruckt ist.

Von der Tatsache, daß am Freitag in einer Zoo-Versammlung der Nazis mehr als 1000 Nazis frenetisch Beifall klatschen, als Nazis davon sprach, daß der Leipziger Polizeipräsident mit auf der Mordliste der Nazis stehen sollte, hat das Hakenkreuzblatt vom Peterssteinweg seinen Leuten noch keine Zeile berichtet.

Über 1000 Mordlustige berichtet das Blatt des Leipziger Bildes "ums nicht — es findet also diese Mordheze ganz in Geduld. Dafür wärmt es aber die Angriffe auf den Sozialdemokraten: Severing gleich doppelt auf!

Hirschbrunst

Wer einmal hören will, „wie der Hirsch schreit“, der kann es in diesen Wochen im Leipziger Zoologischen Garten erleben. Schon seit einem Monat ist der große Ede Hirsch „Alez“ in Brust. Aufgeregt zieht er in seinem Gehege umher, meist an dem Gitter hin, das ihn von einem Rudel seiner Kühe trennt, die ihre leichten Kälber noch bei sich haben. Dann hebt er das Haupt, gekrönt von dem starken Geweih und „röhrt“ oder „sorgelt“ aus vollem Halse. In diesem Bass hebt er an, wie fordernd steigt seine Stimme aufwärts, sinkt aber, meist in drei Strophen, wieder ab. Die vor den Augen gelegenen Drüsen öffnen sich dabei weit. Sie sind es wohl auch, die den aromatischen Duft ausströmen, den man jetzt im ganzen Hirschrevier wahrnimmt. Ab und zu öffnet der Wärter die „Liebesgänge“, enge Gitterteile oder schmale Türen, durch die eine schlanke Hirschkuh schlüpfen kann, dem Hirsch aber mit seinem breiten Geweih den Durchtritt verwehrt. Bekommt dieser hernach heimlich Besuch, dann hält der Waldkönig Hochzeit. Weniger aufsässig verläuft die Paarung soeben auch bei den Sila-Hirschen und deren hinterlasslichen Verwandten, dem Dibowski-Hirsch. So temperamentvoll das Hirscht ist, seine quieschende Stimme läßt ihn neben dem edlen einheimischen Rotwild nicht aufkommen.

Dem 9. November entgegen

Der Jahrestag der großen politischen Ereignisse von 1918 steht, des Jahres, da eine neue Epoche proletarisch-sozialistischen Kampfes anhob. Dieses geschehenreichen Tages gilt es zu gedenken. Seit langem liegt die Konterrevolution auf der Lauer. Die



letzten Bollwerke gegen die Wiedererrichtung des entthronten Obrigkeitstaates sollen niedergelegt werden. Leider finden diese Bestrebungen durch einen auf Abwegen befindlichen Teil der proletarisch-klassenbewußten Arbeiterschaft hilfreiche Hand. Statt den Gegnern der vorwärts- und aufwärtsdrängenden sozialistischen Arbeiterbataillone auf den Leib zu rücken, sehen sie ihre Lebensaufgabe darin, die großen Kampfheere des Proletariats, SPD und Gewerkschaften, zu spalten und zu zerreißen. Dieses Treiben ist gegenwärtig um so verwerlicher, als die von politischen Demagogen angerichtete Verwirrung der verlogenen Gegenpropaganda der Kapitäne und Söldlinge der Gegenrevolution ohnehin viel Wind in die Segel gibt.

Mehr noch als in vorausgegangenen Jahren ist daher die Demonstration am diesjährigen 9. November ein Tag entschlossener Willenskundgebung für die Sicherung der Errungenschaften des Jahres 1918.

Größer als in den vorausgegangenen Jahren muß und wird die Beteiligung an dieser Demonstration sein. Sie wird den Feinden der neuen Staatsordnung und den Feinden der sozialistischen Arbeiterbewegung zeigen, daß ihre Hoffnungen auf den Zerfall der proletarischen Kampfkräfte, ihre Hoffnungen auf den Sieg der Zersetzungskämpfe der bolschewistischen Irrgänger auf Sand gebaut sind. Die sozialistische Arbeiterschaft Leipzigs wird am 9. November marschieren, zahlreicher als je zuvor, entschlossener und zukunftsicherer als in den vergangenen Zeiten. Allen ihren Feinden zum Trotz.

Die Vorbereitungen für eine würdige Feier sind in vollem Gange. Festrede und Festspiel, umrahmt von Gesangdarbietungen der Michaelischen Chöre, sind an den Schluss der Demonstration gesetzt, die auf dem Ausstellungsgelände endet. Die Festrede hält Genosse Reichstagsabgeordneter Aufhäuser.

Partei- und Gewerkschaftsgenossen! Werbt ohne Unterlaß für die diesjährige Revolutionsfeier. Sie soll den sich schon ihrem reaktionären Ziele so nahe wähnenden Obrigkeitstaatern aller Schattierungen die so üppig in die Halme geschossenen Diktaturgelüste ein für allemal versetzen. Sorgt für weiteste Verbreitung des Revolutionsgedenkblattes.

Rüstet mit allen Kräften für den Gedenktag proletarischen Erfolges!

Rüstet für den 9. November!

Sorgt für massenhafte Verbreitung des Revolutionsgedenkblattes. Preis 30 Pfennige, für Jugendliche 20 Pfennige bei Bezug durch die Jugendorganisation. Erwerbslose 10 Pfennige bei Bezug durch die Gewerkschaften.

Die nazifrommen LXXI

Ihrem geistigen Habitus nach sind die LNN. hakenkreuzfomme von der Sohle bis zum Scheitel. Das erkennt man nicht nur an der Auswahl des ihnen vorgelesenen Stoffes, sondern auch an der wirren und auf Verwirrung abzielenden Art der politischen Betrachtung, und nicht zuletzt an der vor den Nazis liebendern Herdurchsucher über Nazipolitik und deren Gegenmixtungen.

Der Reichsminister hat Ansatz genommen, sich gegen etwaige Überraschungen von putschistischer Seite zu sichern. Er hat eine besondere Stelle geschaffen, die sich der Beobachtung und Untersuchung „radikaler staatsfeindlicher Bewegungen“ widmen soll. Der Berliner Berichterstatter der LNN. fügt dieser Meldung hinzu, daß voraussichtlich dieser Posten stark angefeindet werde,

„um so mehr, als anzunehmen ist, daß seine Tendenz sich mehr gegen rechts, vornehmlich gegen die Nationalsozialisten, als gegen links richtet, denn die kommunistische Sache befand ja immer schon, ohne daß das Reich oder das Innenministerium es für nötig gehalten hätte, eine besondere Stelle zu schaffen. Doch auch in Preußen eine derartige Stelle geschaffen werden wird, wird ebenso dementiert wie das Gerücht, daß zwischen Severing und Wirth in den letzten Tagen häufig Besprechungen nach dieser Richtung hin stattgefunden hätten“.

Schon diese Ausschüsse zeigen die große Liebe der LNN. zu den Nazis, die sie blind macht für die Notwendigkeiten zur Abwehr von drohenden Gefahren für Wirtschaft, Staat und Volk. Aber die ahnungslosen Schlinger im Solde des Herrn Herzfurth fühlen sich selbstverständlich veranlaßt, diejenigen Szenen auch ihren eigenen Szenen hinzuzufügen. Unter der Devise: „Genieße, was dir froh beschieden“, schwafeln sie höchstselbst darauflos:

„Über dieses Dementi wird man mit einem Augurenlaßchen hinweggleiten können. Wenn schon Herr Dr. Wirth eine neue amtliche Beobachtungsstelle für notwendig hält, dann wird er dafür gesorgt haben, daß sein Vorgehen in Preußen verständnisvolle Unterstützung findet. Daß er dabei Herrn Severings ganze Innern Verschobenes ans Licht der Welt brachte.“

Unterstützung genießen wird, ist bei dessen Einstellung zu den Nationalsozialisten auch ohne lange Besprechungen der beiden Minister miteinander klar. Im übrigen sind wir aber der Meinung, daß den beiden Innenministern im Reiche und in Preußen schon bisher genug Beobachtungsmöglichkeiten zur Verfügung gestanden haben. Man mag die Sache ansehen von welcher Seite man will, man hört immer wieder die alte Weise des Herren Dr. Wirth: „Der Feind steht rechts.“

Und so was können die Herrschaften im vor Nazistrom nun einmal nicht vertragen. Sie können überzeugt sein: wenn die Nazis eines Tages darüber zu befinden hätten, was in Deutschland politischen Kurs bekommen soll, die würden es den jetzt so nazifreudigen jungen Leuten am Peterssteinweg übel danken. Aber einstweilen ist es in noch nicht so weit.

Psychoanalytisch äußerst interessant ist übrigens die Bemerkung von dem Augurenlaßchen. Die Nazifrämmelinge in den LNN. erfüllen für die Nazis in der Tat eine ähnliche Aufgabe, wie sie die Auguren mit ihrem weisheitsvollen Eingreifen in Politik und Geschichte des alten römischen Reiches zu erfüllen hatten. Die Auguren, dieses Priesterkollegium der Römer, waren sich durchaus bewußt, ganz unverdienterweise Unsehen zu genießen. Und dem so oft zitierten Augurenlaßchen liegt doch ein Wort Catos zugrunde: „Ein Haruspex das ist ein aus den Eingeweiden der Opferküter wahrhaftiger Opferschauer. D. R.) muß das Lachen bezwingen, wenn er den andern ansieht.“ So geht es offenbar den braven Deutschen des Herrn Herzfurth auch. Sie müssen, wenn sie einander ansehen, das Lächeln bezwingen über das, was sie schreiben. Solches Augurenlaßchen steht den Herrschaften wirklich nicht minder reizend als einem süßen — Schwindekind, das Chemist. Wenn wir Siegmund Freuds psychoanalytische Lehren nicht hätten, würden wir das Augurenlaßchen der LNN. vielleicht auf einen technischen Fehler zurückführen. So aber wissen wir, daß es in Wirklichkeit ein Verdrängungsfehler war, der ungewollt etwas nach dem tiefsten Inneren Verschobenes ans Licht der Welt brachte.

Die SAJ auf zwei Wochen verboten

Das Polizeipräsidium Leipzig teilt mit: „Auf Grund des Paragraphen 5, Ziffer 4 und 13 des Republikanugesetzes ist die „Sächsische Arbeiterzeitung“ auf die Dauer von zwei Wochen, also vom 28. Oktober bis 10. November dieses Jahres verboten worden, weil sie in der Nummer 251 vom 27. Oktober 1930 die Gewalttätigkeiten, die am 28. Oktober d. J. in Leipzig-Deutsch verküsst worden sind, ausdrücklich billigte. Dieses Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt.“

Bewunderlich ist dieses Verbot allerdings dann nicht, wenn man den in der SAJ veröffentlichten Bericht über den Zusammenstoß von Nazis und Nazis in Leipzig-Deutsch liest. Was da die Redaktion des Kommunistenblattes zu melden weiß, ähnelt den während des Böllermodens im Großen Hauptquartier zusammengeführten Siegesmeldungen. Dafür nur ein Beispiel:

„Einem Trupp Nazis wurde über der Rückweg abgeschritten und in eitl treudeutscher Art ergriffen diese 40 bis 50 faschistischen Knüppeljungen das Hosenträger und flohen nach Deutsch. Im Sturmschritt folgte ihnen in wohlgeordneten Formationen ein Teil der antisozialistischen Demonstranten. Die Arbeiterschaft begrüßte durch Kol-Front-Rufe die schügenden Wehrorganisationen der Arbeiterschaft. Durch kräftige Unterstützung der Arbeiterschaft und durch geschicktes Manöverieren der Demonstranten konnte ein Teil der flüchtenden Knüppeljungen gestellt werden.“

Und der Erfolg solcher Zeilen, die „Rote Kolonnen beherrschen den Westen“ schreiben sind? Andernfalls glaubt man, wenn die Kriegschauplatzberichte der LNN. und SAJ nebeneinander liegen, in Leipzigs Westen sei die blutigste Straßenschlacht geschlagen worden!

Arbeiter-Schwimmverein Leipzig e. V. Donnerstag, den 30. Oktober 1930. Zusammenkunft aller Wintersportler. 20 Uhr im Geschäftszimmer 26. Schwimmabteilung Leipzig-Wahren. Dienstag, den 28. Oktober, 20 Uhr, Versammlung im Vereinshaus. Freie Wasserfahrt e. V., Leipzig. Dienstag, 19 Uhr, Gymnastik in der 50. Volksschule Leipzig-Kleinziehöcher. Dasselbe Anmeldung zum Eti- und Schlittschuhkursus. — Sonntag Handballtraining.

Ersatz Schneller

Das Nachrichtenamt des Rates teilt der Presse mit: „An Stelle des Herrn Lehrers Wilhelm Schneller ist gemäß § 32 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen der Schriftschriften Ernst Schubert in Leipzig-Eutritzh, Schladiyer Straße 1, als Stadtvertreter berufen worden.“

Es hat langer Zeit bedurst, ehe die KPD sich darüber einig wurde, wer den aus „Gesundheitsrätschen“ aus dem Stadtverordnetenkollegium ausgeschiedenen kommunistischen Lehrer Schneller ersetzen soll. Der nächstfolgende auf der kommunistischen Kandidatenliste war der schon vor längerer Zeit wegen verräderischer Abweichungen politisch fastgestellte Eisendorfer Otto Boigt, hinreichend bekannt durch sein wüstes Treiben in der Straßenbahnwerkstatt Hohberg. Offenbar ist es ihm außerordentlich schwer gefallen, auf das ihm nunmehr austretende Mandat zu verzichten. Schließlich scheint aber doch das kommunistische Gewissen in Verbindung mit dem drakonischen Strafbogen der KPD ihn veranlaßt zu haben, einem Klientenreuer, wenn auch weniger „verdienstvollen“ Mitmann auf der Lille zu weichen. Aber der nächste auf der Liste, der Gemeindearbeiter Karl Rennecke, konnte ebenfalls nicht berufen werden. Ihn hatte die Gnade der KPD-Leitung in den Stadtvertreter berufen. Dort soll er verbleiben. Also mußte er auf die Übernahme des Mandats in aller Form verzichten. Er tat's. Und die dritte nachfolgende Kandidatur hatte die Frau des inzwischen für Leipzig abgetakelten und nach Berlin berufenen ehemaligen SAJ-Gewaltigen Fritz Globig. Frau Martha Globig war mithin aus der Reihe der als Schneller-Ersatz zu berufenden Mandatbewerber ausgeschieden. Denn die Gemeindeordnung sowohl wie die sächsische Verfassung schreiben vor, daß zu Stadtverordneten nur Personen gewählt werden können, die in Sachsen ihren Wohnsitz haben. Erst der nächste in der Reihe, der obengenannte Schriftschriften Ernst Schubert, hat die verfassungs- und gemeinderätorisch sowohl wie kommunistischerseits vorgeschriebene Qualität zur Ausübung des Mandats.

Wie sich die Zeiten ändern. Noch vor wenigen Wochen hat wohl kaum jemand daran gedacht, daß Herr Wilhelm Schneller, der in allen Sturm- und Drangzeiten der KPD gewandt auf die Flüge gefallene politische Jongleur, so schnell um die Ecke gehen könnte.

Wo rast die Freiheit?

Frauen.

Lindenhal. Donnerstag, 30. Oktober, 20 Uhr, im Ratskeller, Heiterer Abend mit Genossin Hilde Dörner. Lieder zur Laute.
Entha. Sonnabend, 1. November, 20 Uhr, im Gasthof Fröhliche, Neu-Bösdorf, Vortrag des Genossen Zeiler über: "Ist die Ehe eine gottgewollte Einrichtung?"

Schlesier. Mittwoch, 29. Oktober, 20 Uhr, Vortrag der Genossin Unger im Brauereigarten über "Vera Figner, ein Frauenleben für die Revolution".

Öffl.-Öfen. Dienstag, 28. Oktober, gehen wir alle zur Helmwache der Kinderfreunde in die Friedenskirche, 20 Uhr.

Baumordn. Wie treffen uns zum Besuch der Taubstummenanstalt Donnerstag, 30. Oktober, 15 Uhr, an der Altkirche.

Schneid. Frauenfeierstunde Freitag, 31. Oktober, 20 Uhr, im Neustädter Gasthof. Mitwirkende: Kurt Hermann, Klavier; Meditationen: E. Löschel; Turnerische Aufführungen: die Bundeschule; Ansprache: Flora Frank.

Genuewih. Wie bestreiten Donnerstag die Taubstummenanstalt und treffen uns um 15.30 Uhr am Kreuz.

Stärz. Freitag, den 31. Oktober besuchen wir die Frauenfeierstunde im Neustädter Gasthof. Treffen 19 Uhr am Konsum.

Schule.

Der Jugendweiheunterricht der 50. Volkschule findet von dieser Woche ab Mittwochs von 17 bis 18 Uhr in der 50. Volkschule statt.

Kursus für Elternräte.

Die Einzeichnungswilligen müssen bis Sonnabend dem Sekretariat zugehen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Groß-Leipzig. Heute abend, 19.30 Uhr, in der Schule der Arbeit, Hallg., Leitung Gen. Martin.

Baumordn. Heute 15'abend, 17 bis 19 Uhr im Gutsdorf. Alle Helfer und Ordner vorsätzlich 16 Uhr im Gutsdorf.

Genuewih. Obdienstszug am Sonnabend, 17 Uhr, bei Gen. Martin.

Schönfeld. Heute keine Helfersitzung, wir gehen alle in die Parteiverlommung.

Großsch. Nestfalken und Junafalken, Mittwoch, 29. Oktober, 17 Uhr, im Turnerheim. Sturmfalken und Rote Fäulen Freitag, 31. Oktober, 17 Uhr, im Turnerheim. (Papier und Bleistift mitbringen.)

Alt-Leipzig. Die Helfer treffen sich Dienstag, 28. Oktober, nicht Montag, bei Gen. Röhrig.

Mitglieder-Veranstaltungen

Möbau-Zweinaudorf. Donnerstag 30. Oktober, 20 Uhr, im Gasthof Zweinaudorf, spricht Gen. G. A. Müller: "Warum Demostrat?"

Leben und Tod

Nach dem 42. Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 12. bis 18. Oktober 1930 Eheschließungen statt. Die Zahl der Lebendgeborenen betrug in der Woche vom 5. bis 11. Oktober 175, davon 82 Knaben und 93 Mädchen. Totgeborene wurden 8 festgestellt. Gestorben sind in der Woche vom 12. bis 18. Oktober 136 Personen, darunter 9 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befanden sich 63 männliche und 73 weibliche Personen. Von den Todesfällen entfielen auf Diphtherie 1, Tuberkulose 12, Krebs 22, Gehirnblutung 9, Herzkrankheiten 31, Lungenentzündung 12, sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 3, Magen- und Darmskatarrh, Durchfall 2, Alterschwäche 6, übriges natürliche Todesurachen 27. 3 Personen erlagen tödlichen Unfällen und 8 endeten durch Selbstmord.

Der „billige“ Mann

"Gute englische Kleidungsstoffe", das Meter für 10 Mark verkaufte hier ein Händler, der seine Ware per Auto von Ort zu Ort befördert. 10 Mark für einen Meter guten englischen Stoff, das wäre für wahrscheinlich ein billiges Angebot, jedoch auf die offizielle Ware trifft weder "gut" noch "englisch" zu. An einen Kunden verkaufte der "billige" Mann drei Meter des besagten Stoffes für 30 Mark, nachdem er, nach dem Grund des billigen Preises gefragt, erklärt hatte, er müsse so wohlte verkaufen, um die Reparaturkosten seines Autos bezahlen zu können, das er zu seinem Stoffhandel bringend brauchte. Dem Käufer kamen später doch Bedenken, was die Qualität des Stoffes anlangt. Ein als Sachverständiger befragter konnte den Stoff nur als ganz minderwertige Ware bezeichnen.

Ein standloser Vorsatz

"Schlägt die Arbeiterschweine tot!"

Sonnabend mittags kam es an der Markthalle zu einer Schlägerei zwischen einem jugendlichen Arbeiter und Nationalsozialisten. Grund: angeblich soll der junge Arbeiter den faschistischen Zeitungsträger angepöbelt haben. Auf diese falsche Annahme hin stürzte sich sofort eine Meute von zwanzig und mehr dieser SA-Knudels auf den Arbeiter und schlug ihn derartig, daß er aus Mund und Nase blutete. Unter dem frenetischen Beifalls-

Gedenkkarten zur Revolutionsfeier

Das Leipziger Maikomitee versendet auch in diesem Jahre Revolutionsgedenkkarten an die Ortsvereine außerhalb Leipzigs zu nachstehenden Preisen:

bis 1 000 Stück 4 Pfennig pro Stück
1000 bis 5 000 Stück 3,5 Pfennig pro Stück
5000 bis 10 000 Stück 3 Pfennig pro Stück

Bestellungen sind zu richten an Walter Riehl, Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21

gekreuzt einiger Marktfrauen und Händler griff diese Übermacht den Arbeiter an. "Schlägt die Arbeiterschweine tot, haut ihnen die Freude breit", und mehr solcher Jurufe ertönten, indes lobten sich diese "tapferen" Kaufvolde gegen den wehlosen Arbeiter aus.

Den Händlern und Marktfrauen, die sich verpflichtet hielten, das Treiben nationalsozialistischer Strolche zu unterstüzen, sei gesagt, daß die organisierte Arbeiterschaft, die man so gern zu seiner Kundenschaft rechnet, aus solchen Fällen die nötigen Schlüsse ziehen wird.

Eternabend 6. Volkschule. Mittwoch, den 29. Oktober, 20 Uhr, im Schulsaal, Vorführung von 8 Lehrfilmen.

Eternabend der 14. Volkschule. Mittwoch, den 29. Oktober, 20 Uhr, Vortrag des Herrn Fazius über: "Die Entwicklung unserer Kinder nach der Schulenöffnung".

Chorvereinigung L.O. Heute Singen des Gesamthores, Männer- und Gemischter Chor.

Naturkundliches Heimatmuseum (Eingang Vorhangstr. 3). Mittwoch, den 29. Oktober, 19.45 Uhr, findet im Vortragssaal des Museums (linker Aufgang) der zweite öffentliche unentgeltliche Lichtbildvortrag aus der Reihe "Bau und Leben unserer niederen Pflanzen" statt: Pilze (Fr. Richter).

Naturfreunde. 31. Oktober Besichtigung der Kläranlagen. Die Teilnehmer treffen sich um 20 Uhr am Scheibelberg. Gäste willkommen. — Für die Autobusfahrt in das Geiseltal sind die Fahrzeiten wie folgt: 7 Uhr Dreimühlenplatz, 7.15 Uhr Fleischerplatz, 7.30 Uhr Palmengarten (Frankfurter Straße).

Leichtverkauf an den Freibänken. Morgen Mittwoch an der Freibank I Nr. 701 bis 1800 und Nr. 3001 bis 3400; an der Freibank II Nr. 1201 bis 2000. Von 10.30 Uhr an freier Verkauf.

Eheschließungs- und Geburtenrückgang

Die vorläufige statistische Bearbeitung der Bewegung der sächsischen Bevölkerung im 1. Halbjahr 1930 hat nach den Feststellungen des statistischen Landesamtes zu folgenden Ergebnissen geführt:

1. Eheschließungen.

Im 1. Halbjahr 1930 wurden in Sachsen 21 840 Eheschließungen gezählt gegen 22 872 im 1. Halbjahr 1929 und 23 915 im 1. Halbjahr 1928. Seit 1928 ist somit die Zahl der Eheschließungen im 1. Halbjahr ständig zurückgegangen. Diese rückläufige Bewegung ist in erster Linie auf das Abgleiten der wirtschaftlichen Konjunktur und auf die damit verbundene Verschlechterung des Beschäftigungsgrades auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Im 1. Halbjahr 1930 entfielen nach den Mitteilungen der öffentlichen Arbeitsnachweise im Durchschnitt 1147 arbeitsuchende Männer auf 100 offene Stellen gegen 439 im 1. Halbjahr 1929 und 310 im 1. Halbjahr 1928.

Stellt man die Eheschließungszahlen in den einzelnen Quartalen einander gegenüber, so ergibt sich folgendes Jahrbild:

	1930	1929	1928
1. Vierteljahr	7 865	8 475	8 545
2. Vierteljahr	18 775	14 897	15 370

Man erkennt, daß auch bei vierteljährweiser Vergleichung die Heiratshäufigkeit infolge der Verschlechterung der Wirtschaftslage ständig zurückgegangen ist.

2. Geburten.

Im 1. Halbjahr 1930 wurden 40 045 Lebendgeborene gezählt gegen 42 847 im 1. Halbjahr 1929. Die Geburtenzahl hat also eine Abnahme um 2302 (5,4 Prozent) erfahren. Der Rückgang betrifft das 2. Vierteljahr etwas stärker als das erste. Es betrug die Lebendgeborenenzahl im

	1930	1929
1. Vierteljahr	20 255	21 086
2. Vierteljahr	19 790	21 261

Das Sinken der Geburtenkurve von 1929 zu 1930 ist eine Folge der Eheschließungszahl. Es ist weiter auf die immer mehr sich verschärfende wirtschaftliche Depression zurückzuführen.

Für die sächsische Geburtenstatistik ist der hohe Stand der Unehelichenquote und der Totgeborenenquote charakteristisch. Die Unehelichenquote, die durch das Verhältnis der Zahl der unehelich Geborenen auf 100 Geborene bestimmt wird, betrug im Jahre 1928 im Reich 11,8, in Sachsen dagegen 21,5. Im Jahre 1930 stieg die sächsische Unehelichenquote auf 21,8. Sie liegt im allgemeinen im 1. Halbjahr immer etwas höher als im 2. Es ist nun bemerkenswert, daß sie von 1929 zu 1930 einen Rückgang erfahren hat. Im 1. Halbjahr 1930 entfielen in Sachsen auf 100 Geborene 22,2 unehelich Geborene, im 1. Halbjahr 1929 dagegen nur 21,4.

Die Totgeborenenquote, die anzeigen, wieviel Totgeborene sich unter 100 Geborenen befinden, liegt in Sachsen ebenfalls höher als im Reich. Im Jahre 1929 stellte sie sich im Reichsbereichsnachmittag auf 3,1, in Sachsen dagegen auf 3,65. Das 1. Halbjahr 1930 weist in Sachsen einen Rückgang von 3,70 auf 3,61 gegen das Gestorbene übersteigt.

3. Sterbefälle.

Im 1. Halbjahr 1930 wurden 34 780 Sterbefälle gezählt gegen 34 800 im 1. Halbjahr 1929. Dieser Rückgang ist darauf zurückzuführen, daß im 1. Vierteljahr 1929 infolge des ungewöhnlich strengen Winters die Sterbefällenhäufigkeit eine starke Steigerung aufwies. Es betrug die Zahl der Sterbefälle im

	1930	1929	1928
1. Vierteljahr	14 120	20 406	14 481
2. Vierteljahr	13 400	14 374	14 150

Man sieht deutlich, wie sich die Zahl von 20 406 Sterbefällen für 1. Vierteljahr 1929 aus der Reihe der übrigen Jahren heraushebt.

An Sterbefällen im 1. Lebensjahr wurden im 1. Halbjahr 1930 gegen 3801 im 1. Halbjahr 1929 und 3584 im 1. Halbjahr 1928 gezählt. Für eine exakte Beurteilung der Sterblichkeit im 1. Lebensjahr ist es erforderlich, die Zahl der Sterbefälle auf die entsprechende Zahl der Lebendgeborenen neu zu beziehen. Die Berechnung ergibt, daß von 100 Lebendgeborenen im 1. Lebensjahr starben:

	1930	1929	1928
1. Vierteljahr	7,93	10,67	8,88
2. Vierteljahr	7,94	8,22	9,03

Es fällt wiederum die Sterbeziffer des 1. Vierteljahrs 1929 aus der Reihe der übrigen Ziffern heraus. Die Sterbeziffern für die beiden 1. Vierteljahre 1930 zeigen einen Rückgang gegenüber den Vorjahren an. Dieser Rückgang ist in erster Linie den Maßnahmen auf dem Gebiet der Kinderfürsorge und der Mütterberatung zu danken, die es vermögen, die schädigenden Einfüsse der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Gesundheit des Kleinkindes wesentlich zu vermindern.

4. Bilanz der Bevölkerung.

Der Überschluß der Lebendgeborenen über die Gestorbenen stellt sich im 1. Halbjahr 1930 auf 12 465 gegen 7 567 im 1. Halbjahr 1929. Die Zunahme ist wiederum auf die ungewöhnlich hohe Gestorbenenzahl im 1. Vierteljahr 1929 zurückzuführen. Nehmt man auf dem Gebiet der Kinderfürsorge und der Mütterberatung zu danken, die es vermag, die schädigenden Einfüsse der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Gesundheit des Kleinkindes wesentlich zu vermindern.

	1930	1929	1928
1. Vierteljahr	6135	680	6153
2. Vierteljahr	6330	6887	6766

Es ist also, wenn von der aus der Reihe herausfallenden Zahl des 1. Vierteljahrs 1929 abgesehen wird, im 1. Halbjahr 1930 ein weiteres Sinken des Geburtenüberschusses fest

Helden und Heldenverehrung in USA

Trotz der auf fast allen Gebieten herrschenden Abschaffung beobachtet in Amerika eine lebhafte Nachfrage — nach Helden. Die Männer der Vergangenheit, einschließlich der jüngsten des Weltkrieges, sind längst biographisch ausgeschrotet; nun fordert die Gegenwart ihr Recht. Männer der Wirtschaft haben beispielgebend gewirkt, unter ihnen Karl Lammle, der Filmemagnat, der seine Biographie einem bekannten europäischen Schriftsteller „In Auftrag gegeben“ haben soll, und die Zeit ist nicht mehr fern, da auch das Diamonds oder Al Capones kurzgeschriebene Lebensbeschreibungen in seinem Schulbuch fehlen werden.

Al Capone? Dem so oft erbarmungsloser Vernichtungsfeldzug angeklagt worden ist und der dennoch, mächtiger denn je zuvor, eine der gewaltigsten Industrien Amerikas, den Alkoholschmuggel und -vertrieb, beherrscht? Der Anspruch ist gemacht.

Die großen Banditen des alten Kontinents, Schinderhannes, Rinaldo Rinaldi, mussten ein Jahrhundert und länger im Grabe liegen, bevor ihnen ein literarisches Denkmal zuteil wurde. In Amerika, wo Business nicht nur Money, sondern auch Ruhm einbringen soll, hat man nicht soviel Zeit wie in Europa. Die amerikanischen Zeitungen kündigen in ballengroßen Lettern das Erscheinen des Buches „Al Capone“. Die Biographie eines Selbstmadesman“ an, und wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die Neuerscheinung der gewaltigsten Bücherfolge des Jahres 1930 werden. Fred P. Wallen, ein Chicagoer Journalist, hat die umfangreiche Lebensgeschichte seines großen Mitbürgers niedergeschrieben, die die einen als Wagnis bezeichnen, weil Banditentönige angeblich keine große Vorliebe für Biographien haben, während andere der Ansicht sind, daß auch Al Capone etwas für Literatur übrig habe und sich nicht ungern von der Sonne des Ruhmes beschleichen lasse.

Wallens Buch bemüht sich durchaus nicht, entrüstet oder auch nur objektiv zu scheinen; es will nichts anderes sein, als es ist: ein Heldengefang zum Preise Al Capones, der, kaum dreißig Jahre alt, über viele Mittel verfügt als irgendwelcher amerikanischer Gouverneur und, ein moderner Achilles, gleich unverwundbar ist für die Maschinengewehre und Revolver seiner persönlichen Feinde und Kontrahenten wie für die Nachstellungen der Staatsmacht, die ihn nur einmal — eine Kugle, die einen Elefanten töten will — wegen verbotenen Waffentransports — verurteilt. Hierzu abgesehen ist Al Capone unbescholt, der bei jedem Verbrechen seinen Untergründen unschuldig, wollte man ihm aussagen, im Hintergrunde steht, Herz über einen präzisen arbeitenden Beobachtungsapparat, die Schnüre hallend, an dessen Enden sich die Politiker und Polizeibeamten Chicagos wie Marionetten bewegen...

Ein anderer, gewaltigerer Marionettenspieler, der allerdings nicht mehr unter den Lebenden weilt, hat fast zur gleichen Zeit seinen Homer gefunden. Während Al Capones Marionetten Polizeioffiziere und Stadträte sind, treten in John Pierpont Morgans Marionettentheater Präsidenten und Senatoren auf. „Morgan the Magnificent“, Morgan der Gewaltige, nennt sich ein fürzlich in New York erschienenes Buch John R. Windlers ohne jede Ironie, und dem 1913 verstorbenen Gründer der weltbeherrschenden Morgan-Dynastie werden „Genie“, „überwältigende Kraft der Persönlichkeit“, „erhabenes Selbstvertrauen“, „übermenschlicher Wagemut“ und manch andere heldische Eigenschaft nachgerühmt. Die Biographie ist wahrlich ein echtes Heldenepos: denn ebenso wie in der Ilias die Massen der Myrmiden stumm bleiben und nur Achilles spricht und handelt, genau so gibt es in diesem Buche, wenn es von der Entstehungsgeschichte des Stahlriks erzählt, keine Metallarbeiter, ja keine anderen Menschen als John P. Morgan, und wo der Werdegang des amerikanischen Eisenbahnrusters berichtet wird, keine Eisenbahnerarbeiter und Ingenieure, sondern überall nur Morgan den Gewaltigen, und nur als Folie des rechten Glanzes die bösen rivalisierenden Finanziers.

Noch vor wenigen Jahren wäre Geschichter die Antwort der Nation gewesen, der das Heldenlied Al Capone vorgelesen wird, und noch unmittelbar vor Ausbruch des Weltkrieges nannten angehende und durchaus nicht roter Gesinnung verdächtige Amerikaner den Abnachter der Morgan-Dynastie einen unbarmherzigen, kein Kampfmittel schenenden Industriekrallen und Spekulanten.

Aber in Amerika herrscht eben eine lebhafte Nachfrage nach Helden, und jedes Land und jede Zeit hat die ihnen gemäßen Helden. Dem zum Militärismus als Gottheit aufblitzenden Deutschland des Weltkrieges wurden Wilhelm II. als Uebermensch und Ludendorff als größtes strategisches Gente aller Zeiten vorgestellt, mochte auch die Blüte der Nation auf den Schlachtfeldern hingemordet werden. Amerika, das die göttliche „Efficiency“, die sich rücksichtlos im Lebenskampf durchsetzte „Tüchtigkeit“, anbetet, blieb zu Al Capone und Pierpont Morgan als seinen Helden auf, mögen auch acht Millionen Arbeitslose hungrig gegen sie zeugen!

Leo Korten.

Arbeitersänger und Arbeiterorchester

Wir schweigen die wirtschaftliche Not auf den Arbeiterchoren lastet und welche Aufgaben ihnen gerade jetzt obliegen, hat Herbert Diecke fürsamt hier in einem Artikel gezeigt. Unter seiner Leitung hat nun der Volkschor Liebertwolkow einen praktischen Beitrag zur Lösung des Problems geliefert: ein aktuelles Konzert ohne Orchester und teure Solisten. Unter dem Titel „Befreiung des Menschen“ hat Kurt Siegel eine Anzahl alte und neue Lieder zusammengestellt und mit verbindendem Text versehen; so entstand ein Werk, das in vier Aufführungen — Not und Resignation, Liebesleid und Lebenskritis, Natur und Freude, Gemeinschaft — das Leben des Arbeiters umreißt und dessen Idee zunächst einleuchtend ist. Bei der Aufführung zeigte sich aber, daß der Text (Sprecher: Max Braune) das Ganze nicht zu einem einheitlichen Kunstwerk zu binden vermochte, weil die Musiknummern stilistisch zu verschiedenen waren; es entstand zu sehr der Eindruck eines Potpourris. Auch die Verbindung von Lied und Tanz war zwar gut gemeint, aber wenig geglückt, wenigstens in der Form, daß die Gruppe vor dem Chor tanzte; das gab ein ungeschicktes Bild, und obendrein wurde durch das Getrappel der Tänzerinnen die Freude an der Musik empfindlich gestört. Der Chor selber hat an Klängen gewonnen und leistet vorzügliches. Wenn ich mich recht entsinne, glückte auch Dowlands „Komm früher Tod“ besser als vor zwei Jahren. Dafür die Texte nicht gedreut werden konnten, braucht niemanden zu grämen, man versteht auch in polyphonen Sätzen fast jedes Wort.

Das Konzert des Arbeiter-Kammer-Orchesters war das einheitlichste und beste von allen, die ich bis jetzt von der siebzigjährigen Vereinigung gehört habe. Bei der Begleitung zum Händel-Konzert blieb kaum ein Wunsch unerfüllt, so sauber und diskret wurde der Orgel geführt, so tonisch und mit händelscher Kraft wurden die Tutti-Stellen ausgeführt, ein Zeichen für die unermüdliche Arbeit Barnek & Lichten. Auch beim übrigen Programm, dem wunderschönen Weihnachtskonzert Corellis, dem interessanten Trio von Fisch, dem Concerto grosso Nr. 4 von Händel, konnte man stellenweise vergessen, daß die Aufführer nur Musikhobby waren. Besondere Anziehungskraft hatte das Konzert, wie aus dem erfreulich guten Besuch zu erkennen war, durch die Mitwirkung Günter Raminus. Er zauberte im G-Moll-Konzert und besonders in dem anmutigen Pastorale von Bach aus der Konservatoriumsklänge, wie man sie aus ihr nur selten vernimmt. Sicherer Temposchlag war wieder Fritz Weismann.

H. P.
Der Männerchor und der Gemischte Chor Neuerer Süden Leipzig sangen im Konservatorium ein wohlüberlegtes

Der Fall Bundhund / Ein Arbeitslosenroman?

Die Dauererwerbslosigkeit beeinflußt die seelische Haltung der von ihr Betroffenen auf das tiefste und nachdrücklichste. Die Arbeitslosigkeit wird in jeder Beziehung zum Schicksal. Und das ist so niederschmetternd-deprimierend, daß ich bisher kaum jemand gefunden habe, der es in seinen physischen Verdurstungen beschrieben hat. Nun erscheint im Verlag Eugen Diederichs, Jena, ein Arbeitslosenroman von Bruno Nellissen Haken: „Der Fall Bundhund“. Die Arbeitslosigkeit wird geschildert von einem Manne, der offensichtlich einige Zeit im Verwaltungsapparat eines norddeutschen Arbeitsamtes tätig war, und die Dinge also zwar von der Nähe, aber immerhin doch von außen her betrachtet. Es sieht, ein bürgerlicher Akademiker, die zahllosen erwerbslosen Proletarier, die durch das materielle Elend so verbittert sind, daß sie schließlich abstumpfen und resignieren. Dieser Typus beschreibt der Schriftsteller ehr und richtig. Denn die klauenbewußt-aktiven Erwerbslosen scheint er dagegen gar nicht zu kennen.

Das Schicksal der Erwerbslosen ist für ihn aber weniger interessant als die Wirklichkeit des Arbeitsamtes! Hier kommt er mit Beschuldigungen, Klagen, Vorwürfen, Anprangerungen. Und wenn wir davon absiehen, sieht schon über die ehrlieche Gesinnung des Herrn Bruno Nellissen Haken zu diskutieren, eines ist richtig: Die Dauererwerbslosigkeit entfernt die mit diesem Schicksal Ge- schlossenen immer mehr vom Unternehmer. Sie raubt ihnen der höhnischmäßigen Schnell die Erinnerung an die Willkür ihrer Entlassung, an den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Nationalisierung. Und die Folge ist, daß ein beträchtlicher Teil der Arbeitslosen in dem Arbeitsamt den Gegner sieht, in ihm und nicht in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung den natürlichen Widerfahrer erblickt.

Wer verschafft ihm keine Arbeit? Wer beschränkt seine Unterstützungsgröße? Wer tut nichts, um das Schicksal aller Erwerbslosen zu verbessern? Die Antwort ist bei vielen: das Arbeitsamt!

Dieser Gedankengang des Romanen ist der Wirklichkeit abgesprochen. Es ist tragisch, daß es so ist, daß die Arbeitslosenversicherung, eine der größten Errungenheiten der Nachrevolutionärzeit, gehaftet wird von vielen der Menschen, die mit ihrer Hilfe wenigstens einen Teil des benötigten Existenzminimums erhalten. — Mit „Unansekret“, mit „Unterstandnis“, mit anderen Merkmalen des Bedauerns wird man aber hier nicht weiterkommen. Denn es liegt hier ein seelischer Zustand vor, der nicht zu beseitigen ist durch gut gemeinte Ermahnungen und schulmeisterliche Belehrungen, am wenigsten durch historische Reminiszenzen.

Jetzt kommt aber die große Gefahr dieser Einstellung: Die Unternehmer bemühen sie, um auf diese Weise die Abwehrfront der Arbeiterschaft gegen eine Befreiung der Erwerbslosenversicherung zu zerstören. Gedankengänge, die in der Luft liegen, werden gefügt zur Förderung dunkler Pläne benutzt. „Der Fall Bundhund“ ist ein solches Beispiel, und ich wage nicht, zur Verteidigung des Verfassers seine Gutgläubigkeit ins Feld zu führen. Denn ich glaube nicht an sie!

Bruno Nellissen Haken schreibt die Angestellten der Arbeitsämter schwarz in Schwarz. Für ihn sind sie vertrottete Bürokraten und sadistisch-gefühllose Bestien. Bestensfalls haben sie den Willen, den Arbeitslosen zu helfen, aber fehlen der Mut dazu. Es sei angegeben, daß Arbeitslose gelegentlich Anlaß zur Klage gegenüber Beamten der Arbeitsämter haben. Das wird manchmal sogar unvermeidbar sein, da mit der Dauer der Erwerbslosigkeit die Gesetzlosigkeit und Empfindlichkeit ihrer Opfer steigt und sie glauben, daß es für einen Auflaufenden gar nicht möglich ist, sich völlig in ihr Schicksal hineinzuversetzen. Auf der anderen Seite kann schließlich auch ein Beamter des Arbeitsamtes bei den immer wieder — fast automatisch — auftauchenden Differenzen die Ruhe verlieren, da ja auch er ein Mensch ist, der schwer arbeitet und dafür bestimmt seinen fiktiven Gold erhält. Ich will also nicht bestreiten, daß

Unzuträglichkeiten vorkommen können und auch vorkommen, aber: Die Verantwortungslosigkeit des Verfassers liegt darin, daß er die Meinung suggeriert will, als wäre es den Beamten der Arbeitsämter — mit einem guten Willen! — möglich, das Schicksal der ihnen anvertrauten Arbeitslosen zu mildern, zu bessern, wenigstens in finanzieller Beziehung. Der gebürtiglich-bornierte Haken nähert sich hier bedenklich nationalsozialistisch-kommunistischer „radikaler“ Gewissenslosigkeit, die objektiv Wirkungen hervorruft, die sich gegen die Arbeitslosen richten!

Wie unwahrscheinlich erscheinen aber „Der Fall Bundhund“ formuliert ist, wie es ihm ganz bewußt darum geht, die Erwerbslosen gegen die Arbeitsämter zu heben, wie eifrig er dem Aufsturm der Unternehmer gegen die Arbeitslosenhilfe dient, zeigen die Partikel, die unter dem Schlagwort „Lebt eins?“ und „Fünfzig Pfennige — Fuffzach Pfennige, ein Partiebuch“ laufen. Der Arbeitslose Bundhund erhält seine Unterstützung mehr, weil sein Anspruch abgelaufen ist. Er wird über die Ursachen dieses Vorgehens belehrt: „Da hast du es! Jetzt nehmen sie dich hoch, die Brüder.. Manches würde sich leicht anders ansehen, wenn du von der Partei wüsstest!“ — „Aber wegen der Partei?“ fragt Bundhund. „Nur wegen der Partei!“ wird ihm versichert.

Man muß sich für den Verlag Diederichs, der bisher auf Reinhaltung gehalten hat, schämen, daß er ein Buch herausbringt, dessen Unwahrscheinlichkeit in die Augen springt.

Eine Sitzung des Sprachausschusses wird geschildert: Der Gewerkschaftssekretär sieht sich für den Arbeitslosen Bundhund ein, ohne zu wissen, ob dieser organisiert, obwohl der Bundhund sogar noch wie vor ein Auktionator ist. Aber man kann sich bei einer solchen Sitzung trotzdem seine Gedanken machen, wenn man Bruno Nellissen Haken ist: Der Gewerkschaftssekretär gebraucht ein Goethe-Zitat falsch. Er sagt einmal in der Hitze der Auseinandersetzung zu einem früheren Kollegen, jetzt Beamten des Amtes, „Du bist ein Sohn“. Er versteht auch einen lateinischen Witz des Unternehmersindikus nicht. Er versteht, unter allgemeinem, höhnischem Geschichter der Unternehmervertreter das angeblich „unmoralische“ Vorgehen des Bundhund mit dem Hinweis zu entschuldigen, daß so etwas lediglich passieren könnte.

In dem Sprachausschuß ist auch eine Büroangestellte als Vertreterin der Arbeitnehmer. Die beschreibt den Nellissen Haken, der aus lauter Zuneigung zum Proletariat sein Buch geschrieben hat, mit folgenden lieblichen Worten: „Meine Damen und Herren..“

— Dame: — Das ist die einzige Frau im Saal, am Tisch der Arbeitnehmer, rund in die Breite gegangen, Zwider auf der Nase, labialen wichtigen Gesichtsausdruck.. Topentwinkelte Hatte, Gemütsästhetik, äußerlich deformiert, äußerlich und innerlich, Korsett drückt sich unter der Hüfte ab, Korsett drückt sich in der Sprechweise ab..“

Der Unternehmersindikus hat keinen Juballern wichtigen Gesichtsausdruck“ und die bourgeoise Edelmutter, die liebevoll beschrieben wird, ist nicht „ziemlich deformiert“..

„Der Fall Bundhund“ ist in seiner Ausführung kaum wichtig. Sein Verfasser ist zwar ein nicht unbegabter Schreiber. Das würde aber nicht genügen, um deswegen ausführlich zu dem Buche Stellung zu nehmen. Entscheidend ist die Tatsache, daß der Roman ein klassisches Beispiel für eine Sorte Literatur ist, die unter der Maske des Mittelbaus für die Arbeitslosen und der Sympathie für Schicksal eine Empörungssinnung gegen die Arbeitslosenversicherung hervorrufen will!

Weil der Kapitalismus mit seinen Mitteln das Los der Arbeitslosen nicht bessern will, nicht bessern kann, weil diese Millionen Menschen eine Gefahr für Ruhe und Ordnung bilden, wird der Versuch unternommen, sie von der Arbeiterbewegung und dem noch in der Produktion befindlichen Proletariat zu isolieren, — das ist der Fall Bundhund!

Fritz Heller.

Programm, das von deutschen und russischen Volksliedern über Schumann und Schubert zu modernen Tendenzen von Pringsheim und Scherzer führt. Beide Chöre zeichnen sich durch klangliche Ausgeglichenheit aus und singen unter ihrem vortrefflichen Dirigenten Alfred Knebel sauber, mit Geschmaak und Ausdruck. In einigen Klavierstücken bewährte sich Fräulein Margarete Buchholz. H. W.

„Das Konto X“ wird von dem jüdischen Rechtsanwalt Siegfried Schiller für die freiherrlich Waldhöfensche Familie geführt, deren in Krieg und Inflation dahingeschmolzenes Vermögen er verwaltet. Da er das Freifräulein liebt, läßt er die ahnungslose Familie auf seine Kosten leben, bis es nicht mehr geht. Als die Bombe platzt, hält man natürlich erst den Juden für einen Betrüger, muß ihn aber bald als edlen Freund und Hörner erkennen. Daß sich das Freifräulein mit ihm verlobt, daß ein Teil des Familienvermögens zum Schluß wieder austaut — wem sagen Sie das? Solche Komödien hat man schon geschrieben, als Wilhelm II. noch in Windeln gewickelt wurde und wenn man sie heute mit einigen Scherzen über Monarchisten und Adelstraditionen von gestern versteht, so werden sie davon noch nicht sehr neu. Auch wenn man in den Mittelalt. ein paar kleine fröhliche Toten hineinfügt, die man sich in der Zeit der Großen Kriege am gleichen Lustspielort nicht erlaubt haben würde, dann spürt man doch immer die Daseinsnot des Ganzen unter den neidischen Schleieren einer billigen neuzeitlichen Frivolität. Im übrigen ist das Verfasser-paar Bernauer und Oesterreicher, wenn es sich für philosemitisch oder judentreuend hält. Wer in solchen Schwanz zu beweisen versucht, daß die Juden nicht nur auch Menschen, sondern sogar bessere Menschen seien, muß wohl gerade von dem berechtigten Selbstgefühl des Juden abgelenkt werden. Bis zu den Polen scheint nebenbei die Humanität des Autorenpaares nicht zu reichen, denn der einzige Vertreter dieser Rasse ist ein ausgelochter Gauner à la Nicciat de la Marlinière. Im übrigen haben die beiden Hr. Verfasser zwar keine tragfähige Weltanschauung, aber wenigstens durchaus extraktive Schwankworte um ihr Reich herum und mittendrin gemacht, so daß man gern bereit war, mit ihnen und den im Schauspielhaus heiter bewegten Spielern zu lachen. Man sah Schaffgotsch und die Brunn, Wöhrel und Walden in üblichen Aufgaben, ebenso Wildenhausen in der breiten freundlichen Komik seines großes Bureauvertreters. Peter Heldrich tat alles für das edelstolze Freifräulein, was man für solche edelstolzen Schwankrollen eben tun kann. Und Straube spielte mit sehr guter Laune seinen Gotthold Ephraim Lessing nachempfundener Halunken. Ihr.

Das wissamste Mittel. In einem Dorfe des badischen Hinterlandes war Ortsbereinigung durchgeführt. In der Dorfschule, dem hohen Herrn befand sich auch der Bezirkstierarzt. Diesen ehren- und treifseligen Herrn langweilte die Besichtigung, und er begab sich einstweilen in den Saal des Rathauses, wo sich die Bauern versammelten. Mit „Tag, Doktor“ wurde der Bezirkstierarzt begrüßt. Kurz Zeit darauf kam der Landrat. Die Bauern flüsterten von ihren Büntnern hoch und standen stramm wie Grenadiere. Das ärgerte den Bezirkstierarzt mächtig. Als eine Weile später ein Bauer zu ihm trat und ihn bat, mit ihm in seinen Stall zu kommen, wo eine Kuh am Boden liege und sich nicht mehr erheben wolle, sagte der Bezirkstierarzt zu ihm: „Nehmen Sie doch den Landrat mit! Vor dem steht jedes Kindheit auf.“

Schauspielhaus. Das nordische Märchen „Das verlorene Herz“ von Franz Karl Ginstrey wurde zur alleinigen Uraufführung erworben.

Mirag-Wochenschau

Was wissen wir von der Stadt, in der wir wohnen? Herzlich wenig! Von den Nachbarsorten natürlich noch weniger! Die „Stunden der Heimat“, die die Mirag zum Ausgleich dieses Mangels eingeschürt hat, sind also eine vernünftige, verdienstvolle Einrichtung. Nachdem die Sache mehrmals nicht geklappt hatte, fiel in dieser Berichtswocde der Hörerbericht aus der „Luftwaffe“ gut aus. In seinem ersten Teil wurde mit wenigen Bemerkungen die wirtschaftliche Basis der Stadt gekennzeichnet. Der Hörer konnte sich daraus ein anschauliches Bild von der ökonomischen Struktur dieser Art von Mittelstädten machen. Der zweite Teil, der sich mit der Luthertradition beschäftigte, war wohl etwas zu pathetisch und vergangenheitsgerichtet, an Lebendigkeit stand er aber dem Beginn nicht nach. Die „Rédaktion“ von Dr. Blaum hat sich also in diesem Falle bewährt.

Ein zweiter Hörerbericht „Wie entsteht eine Opernvorstellung?“, aus dem Dessauer Friedrich-Theater übernommen, dauerte zwar fast eineinhalb Stunden, war aber vom Anfang bis zum Ende unterhaltsam und witzig, und bei allem doch belehrend — ein Erfolg für die Mirag, eine gute Einleitung ihrer Theaterwoche. — Ein Zwieselpräch zwischen dem Bühnenleiter Heinrich Prinz Reuß und dem Redakteur Mack von den Leipziger Neuesten Nachrichten „Welche Aufgaben hat das heutige Theater zu erfüllen?“ ist darunter, daß sich der Prinz Reuß über das Thema wirklich ernsthafte Gedanken gemacht hatte, der andere aber nicht, so daß der Niveauunterschied ziemlich groß war.

In den Tagesfragen der Wirtschaft sprach ein Herr Hans Flüg über die Bedeutung der deutschen Ausfuhr. Seine Behauptung, der deutsche Ausfuhrüberschub sei in seinen Ursachen mit der „Hungerausfuhr“ des zaristischen Russland zu vergleichen, seine deutliche Polemik gegen den Vortrag von Herberts in der Vorwoche, ist mehr als lächerlich. Sie diente — unverkennbar — der sozialpolitischen Argumentation gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften.

Mit einem Referat „Der Begriff der Volksbildung“ setzt sich Kapahn eine Vortragsreihe ein, die sich mit Problemen der Volksbildung beschäftigen soll. Der erste Vortrag war interessant und anregend, wenn mir auch bereits die Voraussetzungen, von denen Kapahn ausgeht, kaum halbso sein scheinen.

Die Wochend-Basteilunde für die Jugend, die Susanne Bach leitet, gefiel mir gut. Susanne Bach versteht es, mit viel Geduld und Liebe der kindlichen Psyche entgegenzukommen. Mir erscheint es allerdings frohlich, ob es pädagogisch zweckmäßig und fruchtbar ist, Kinder im „Dichten“ zu unterrichten. Laufende Woche: Dienstag ein Vortrag von Ernst Immisch über Gegenwart und Zukunft des Provinzials: Immisch spricht Hans Arons von der Zentralen des IDGB über das Thema „Was hat man unter Wirtschaftsdemokratie zu verstehen?“, abends wird aus Werken von Paul Scheerbart gelesen: Donnerstag ein Vortrag von Hans Georg Richter, Thema: „Von der Psychologie des Zuschauers“, Freitag ein Dreigelpräach „Der Dramatiker und sein Publikum“, Beteilzte: Karl Zudmayer, Käul Wolff und Kurt Fischer.

Neues Theater. In der Neuenstudierung und Neuinszenierung des „Lohengrin“ sind sämtliche Partien mit Ausnahme der des Teufel und die allein von Walter Zimmer gelungen sind, doppelt besetzt. Königin Heinrich: Osterkamp, Vogel, Lohengrin: Steinert, Minette: Cleve, Fleisch, Otrud: Dannenberg, Dörwald, Heer: Horand, Spiller. Musikalische Leitung: Brecher. Spielleitung: Brügmann.

UMGEBUNG

Steuerfragen vom Kreisausschuss

Im Mittelpunkt der Kreisausschusssitzung vom 27. Oktober standen verschiedene Steuerfragen, die eine ebenso langwierige wie rege Debatte hervorriefen. Die Stadt Wurzen beabsichtigte nämlich die Erhebung einer Gemeindesteuer vom Grundstückszubehör in solchen Häusern, in denen mit dem Grundstück auch das Inventar veräußert wird. Der Referent, Oberregierungsrat H. M. P., berichtete über ein ähnliches Vor gehen der Gemeinde Freital, die den Beitrag einer derartigen Steuer auf 5% bis 10 000 Mark schätzt; der Kreisausschuss Dresden hat den Abweisungsvorschlag des Kreishauptmannschaft mit Stimmenungleichheit abgelehnt, so daß also die Entscheidung des Leipziger Kreisausschusses nicht bloß für Wurzen, sondern für sämtliche Gemeinden Sachsen, die sich mit gleichen Anlässen tragen, von Bedeutung ist. Die Meinungen waren auch innerhalb der einzelnen Fraktionen sehr geteilt; am entschiedensten wandte sich der Bürgerbündnis Dr. Peters gegen die Steuer, während sich die verteidigenden Bürgermeister sowie die Mehrheit der S.P.D.-Fraktion schon im Interesse der Selbstverwaltung beide städtische Kollegen Wurzens haben die Einführung der Steuer beschlossen — für die Genehmigung eintraten. Auf Grund des Hinweises des Referenten, daß Wurzen zur Zeit einen ungedeckten Zahlbetrag von 142 000 Mark aufzuweisen habe, der sich bestimmt noch steigern werde, da für die Fürsorge nur rund 10 000 Mark eingelegt seien, während bereits in der Zeit vom 1. April bis 30. September 106 000 Mark gebraucht worden sind, beschloß der Ausschuss endlich mit 10 gegen 5 Stimmen die Genehmigung der neuen Steuer. Zugleich wurde Wurzen mit allen gegen 2 Stimmen die Erhebung einer Gemeindegetränkesteuer mit 8 gegen 7 Stimmen unter den Tisch fiel.

Der Tagessordnungspunkt „Anweisung an die Stadtgemeinde Leipzig auf Einführung der Gemeindegetränkesteuer“ wurde auf Antrag des Oberbürgermeisters Dr. Goedeler von der Tagesordnung abgesetzt; der Ober erklärte, er wolle im Interesse der Selbstverwaltung noch einen leichten Versuch machen, die Stadtvorordneten mit einer umfangreichen und detaillierten Vorlage von der Notwendigkeit des Steuers zu überzeugen.

Unter den Reaktionen gegen die Verantragung zur Schleusen- und Straßenreinigung war der der Firma Pöhlau & Co. in Leipzig infolge bemerkenswert, als die Firma gegen die Höhe der von der Stadt ermittelten Abwasser-Einführung ins Schleusen protestierte, worauf weitere Nachprüfungen ergaben, daß man die Mengen im Gegenteil zu niedrig geschätzt hatte! Auch die übrigen Reaktionen verfielen mit einer einzigen Ausnahme der Ablehnung. Schließlich wurde noch die Annahme eines Darlehens in Höhe von 400 000 Mark durch den Bezirksverband für die Amts hauptmannschaft Rochlitz zur Brauselochbach-Befreiung genehmigt.

Gedenksteinweihe

Trotz schwerer wirtschaftlicher Not wurde in Enthra ein schlichter Gedenkstein auf dem Friedhofe an die Opfer des Weltkrieges errichtet und am leichter Sonntag bei strömendem Regen enthüllt. Der Stein, einfach, ohne kriegerische oder geistliche Symbole, zählt 76 Namen der Opfer des wahnwütigen Krieges auf. Wohl selten ist dem Kriege eine so deutliche Ablage und dem Friedenswillen so vielfacher Ausdruck bei ähnlichen Anlässen verliehen worden, wie gerade am Sonntag in Enthra. Keiner der Redner konnte sich zu einer Verherrlichung des Völkermordes oder der kriegerischen Tugenden bereit finden. Selbst der Pfarrer mußte zugeben, daß die pazifistische Bewegung des Schweines der Edelstein wert wäre. Die Urkunde des Krieges sei aber die Sünde mit ihrem Machstreben usw. Das hätte 1914 der hohen Generalität und Diplomatie gesagt werden sollen. Warum hat aber die Kirche damals versagt und sich heute noch nicht gebessert? Deshalb könnten sich auch die Arbeitervereine Enthras an dieser Feier nicht beteiligen, denn nicht nur ihr Wunsch, sondern Programm ist: Nie wieder Krieg!

Ausstellung des Bezirks-Obstbauvereins

Der Leipziger Bezirks-Obstbauverein veranstaltete am Sonntag in einem Leipziger Lokal eine Ausstellung von Apfeln und Birnen diesjähriger Ernte. Stark beteiligt waren vor allem die Landesanstalt Dresden, die Wirtschaftsvereinigung der Siedler zu Auenhain und die Obstvereinigung Kirchberg bei Mittz. Wohl nahezu hundert verschiedene Sorten der beiden Früchte waren mit ihren besten Exemplaren vertreten und erwiesen bei den Besuchern immerhin beträchtliches Staunen darüber, daß solch hervorragendes Obst auch hierzulande gezogen wird. Wenn trotzdem der Absatz einheimischer Apfeln und Birnen nicht so groß ist, wie sich das die Jäger naturgemäß wünschen, dann vor allem wohl, weil die deutschen Produzenten ihre Erzeugnisse nicht in den gleichen gutsortierten, ansprechenden Art auf den Markt zu bringen pflegen wie etwa die salafornischen und australischen Formen. Mit den bloßen Aufforderungen „Eß deutsches Obst“, „Kauft deutsche Früchte“ und derlei mehr ist nichts getan; das Publikum erachtet ausländische Apfeln (die kommen hauptsächlich in Frage) nicht, weil sie aus dem Ausland kommen, sondern weil sie meist hübscher aussehen und ansprechender dargeboten werden! — Die Gärtnerei-Zentrale ergänzte die Ausstellung durch eine Schau von allerlei Obstsorten und Düngemitteln.

P.

Gesuch Robert Leichmanns um Erhöhung seines Darlehens aus Mitteln der Mietzinsteuer, wird genehmigt. Um die Wohnungsnutzung zu steuern, beabsichtigt man, ein Holzwohnhaus mit je 2 Dreizimmer- und 2 Zweizimmer-Wohnungen (10 500 Mark) zu errichten. Der Bauausschuss hat verschiedene derartige von der Firma Spindler, Chemnitz, gefertigte Holzwohnhäuser besichtigt. Dieselben sind mit Keller, Schuppen und Nebenküchen ausgestattet. Als Bauplatz schlägt der Bauausschuss die untere Ecke vom Krautengausgarten vor. S.P.D. und K.P.D. sprechen sich gegen diesen Platz aus. Die bürgerliche Mehrheit beschließt, es trotzdem bei diesem Platz zu belassen. Der Stadtrat wird erachtet, den Stadtverordneten eine Vermögensübersicht der Stadt nach dem Zeitwert zu geben.

Auf Grund der Notverordnungen ist ab 1. Oktober 1930 eine erhöhte städtische Biersteuer eingeführt. Bierbier 5 Mark, Starkbier 7,50 Mark pro Hektoliter. Mit Rücksicht auf die Defizitwirtschaft und die außerordentliche schlechte Finanzlage der Stadt, beantragt der Stadtrat, Beihilfe fassung über die

Einführung der Bürgersteuer (Meyersteuer) und Getränkesteuer.

Mit Rücksicht auf die unlogische Staffelung der Bürgersteuer und die Auswirkung der Getränkesteuer nur auf die ärmeren Schichten der Bevölkerung lehnt die S.P.D. beide Steuertypen ab, was auch die Bürgerlichen und die K.P.D. tun. In der Abstimmung werden beide vom Stadtrat beantragt einstimmig abgelehnt. Der Stadtrat meldet sofort seinen Einspruch an. Der Einspruch wird sofort behandelt und der Einspruch des Stadtrats zurückgewiesen. Das Kollegium verbleibt bei seinem einstimmigen Beschluss.

Durch den Leipziger Verkehrsverein soll versucht werden, von Bad Lausick nach Liebertwolkwitz Sonntagskarten zu erhalten. Das zur Verbesserung der Holzbrücke am Bahnhof erforderliche Stück Land soll der Reichsbahn mit 4 Mark pro Quadratmeter verkaufen.

Eisenburg.

Schulauftnahmen. Donnerstag, den 30. Oktober, von 9 bis 12 Uhr, findet in den Lehrerzimmern der Stadtschule, Bergschule und Oberschule die Anmeldung zur Aufnahme der Schulangänger für das Schuljahr 1931 statt. Schulpflichtig werden alle Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1925 geboren sind. In der Stadtschule sind die Schulangänger des inneren Stadtkreises in der Bergschule die des Bergstadtteiles, und in der Oberschule die des Oststadtteiles anzumelden. Kinder, die im letzten Jahre vom Schulbesuch befreit waren, sind ernst anzumelden. Bei der Anmeldung ist für alle Kinder der Impfschein vorzulegen.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte Heute: Kalbelecken mit Tomatensauce und Kartoffelsalat 1.80 Rinderachmorbraten mit Kartoffelklößen 1.20 Eibohr mit Sauerkraut und Kartoffeln 1.65 **Hausgericht:** Tennessee und Pökelsuppe mit Kohlrüben und gebratenem Maerrettich 90 5 — **Morgen:** Hammelfleisch mit Weißkohl 1.20 Rindsleber Sc. Bordelais 1.80 Gänsebraten mit Apfelmus 2.10 **Schlaftfest** **Hausgericht:** Tagessuppe und Klöpsbraten mit frischem Spinat 90 5



Libby's
Evaporated
MILCH

(Hersteller: Deutsche Libby Gesellschaft m. b. H., Leer/Ostfriesland)

Zum Kaffee
Für die Küche
Zum Backen

Feinste schlesische Wellwurst
Blut- und Leberwurst zum warm Verspeisen laufend jed. Dienstag u. Mittwoch

Pfund nur 90 Pf.
F. W. Görges Hauptgeschäft Beethovenstr. 10
F. S. Süd.: Brandvorwerkstr. 76
Zentrum: Preußbergäischen 9
Böhme, Bayreiche Str. 14

MOBEL

Teilzahlung!
Ohne Preiserhöhung
24 Monatsraten
Schlafzimmer, Küchen, farblos, Speisezimmers, Polstermöbel, Herrenzimmers, Einzelmöbel aller Art, Lieferung frei Haus!

Peter
In Plagwitz, Zschöchersche Str. 26

MÖBEL

in all Ausführungen, kaufen Sie gut u. bill. im Etagengeschäft! Bevor Sie kaufen, überzeugen Sie sich von d. bill. Preisen. Eigene Poststelle Zahlungsvereicherung Bottoni- und Möbelläger Alfred Müller, Lindenau, Leipziger Straße 32, Sattengäßchen, 1. Treppe

Bill. Bezugsquelle

soldier Möbel, Teilzahlung gestattet! Ueberholz, Klingenthal 35

Diverses

Staubfreie Ofenreinigung
Döllitzscher Str. 62, Telefon 56837.

Vermietungen

Bauberes möbli. Zimmer an, best. Genossenschaft vermietet, C. I., Kreis Str. 16, III. L.

Wohnungen

Siedlung Schiebkin oder Nähe 2 bzw. 3-Zimmer-Wohnung. Beste 3-Zimmer-Wohnung in Städterieg. Offerten erbeten unter 2. A. 2 an die Filiale dieses Blattes, Ferdinand-Jost-Straße.

Kröfftcoffee

wird aus sorgfältig gewählten Mischungen hergestellt, ist von bestem Brand und herborragendem Aroma. Es bereitet dem Kenner wirklichen Genuss, weil es stets frisch in unseren Verteilungsstellen zu haben ist. Es ist in vier Preislagen vorrätig

1/4 Pfund .60 .80 .90 1.05

Konsumverein

Leipzig-Plagwitz u. Umg., E.G.m.b.H.

Abgabe nur an Mitglieder

Aufnahme in allen Verteilungsstellen

Gute Drucksachen

von der einfachsten bis zur geschmackvollsten Ausführung in ein- und mehrfarbigem Druck, auch Massenauflagen (Flach- und Rotationsdruck) für Gewerbe, Handel, Behörden und Private liefert pünktlich bei billiger Preisberechnung nur die

Leipziger Buchdruckerei AG.
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. — Fernspr. Nr. 72206